

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1539  
Groszkasse Riesa Nr. 52.

Nr. 43.

Freitag, 20. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabeblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 300 Zeilen 1. Klasse 100 Mark, 2. Klasse 80 Mark, 3. Klasse 60 Mark. Zusätzliche Gebühren für Anzeigen: 1. Klasse 100 Mark, 2. Klasse 80 Mark, 3. Klasse 60 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabeblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 300 Zeilen 1. Klasse 100 Mark, 2. Klasse 80 Mark, 3. Klasse 60 Mark. Zusätzliche Gebühren für Anzeigen: 1. Klasse 100 Mark, 2. Klasse 80 Mark, 3. Klasse 60 Mark. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 19. Februar 1925.

### Zur Besetzung der Amtshauptmannschaft Großenhain.

Die heutige Tagesordnung weist ausschließlich der zahlreichen Anfragen 31 Punkte auf. In der Hauptsache sind es

#### Kapitel des Nachtragssetz,

die zur Beratung gelangen sollen. Es werden genehmigt die Einstellungen für Verjüngung der Staatsämter, Justizministerien, höhere Staatsbeamten für den Gartenbau zu Pillnitz, Landgerichte, Amtsgerichte, Staatsanwaltschaften und Gefängnisanstalten. In letzterem Kapitel behauptet Abg. Seiwert (Komm.), die Behandlung der Strafgefangenen sei jetzt schlechter geworden, als sie früher war. Die Beamten benötigen die neuen Strafbestimmungen, um die Gefangenen zu schikanieren. Endlich verlangt Reuber eine allgemeine Amnestie. Seine Partei werde das Kapitel ablehnen, weil sie zur gegenwärtigen Regierung keinen Funken Vertrauen habe.

Weiter finden Genehmigung die Einstellungen für Leistungen auf Grund des vormaligen königlichen Hausgesetzes, für

Verwaltung der vormaligen königlichen Schlösser, Sammlungen für Kunst und Wissenschaft. Auf eine Einwendung des Abg. Eickholt (Komm.) erklärt Ministerialdirektor Dr. Hedrich, von dem ehemaligen königlichen Schlosser werde davon Großes bereits als beim Bau. Außerdem seien in die Schlösser bereits 110 Wohnungen eingebaut worden, die übrigen Räume seien dazu nicht geeignet.

#### Zum Kapitel

##### Ministerium des Innern

liegt ein kommunikativer Antrag vor, gegen alle Beamten, die vor Gericht durch Zeugenaussagen von Angeklagten der Mithandlung von Gefangenen begünstigt worden seien, sofort das Disziplinarverfahren einzuleiten. Ein Vertreter des Ministeriums erklärt dazu, daß gegen Beamte, denen eine Mithandlung nachgewiesen sei, eingeschritten werde, auf eine bloße Begünstigung hin könne das aber nicht geschehen. Der kommunikativer Antrag wird abgelehnt.

Beim Kapitel Kreis- und Amtshauptmannschaften und Zweigamt Sanda liegen drei Anfragen vor. Abg. Deutscher (Dnat.) begründet eine Anfrage seiner Partei, über die

##### Regierungskommission.

Er wünscht zu wissen, ob diese Beamten jetzt Amtsmänner genannt, noch heute politische Berichte liefern, oder ob sie nur wirtschaftlich tätig seien. Er glaube das nicht. Das Informationsamt gehöre zur Polizei, aber nicht zum Ministerium des Innern.

Abg. Grellmann (Dnat.) behandelt die Anfrage seiner Partei betr. den Ueberfall auf Mitglieder des Jungdeutschen Ordens in Gittersee. Hierbei habe die Amtshauptmannschaft ihre Pflicht nicht erfüllt.

Eine weitere Anfrage der Deutschnationalen beschäftigt sich mit

##### Ernennung des Abg. Reilich zum Amtshauptmann von Großenhain.

Sie sei geschwändrig, denn sie sei erfolgt, ohne daß dem Bezirksrat Gelegenheit gegeben wurde, von dem Rechte des Vorschlags Gebrauch zu machen. Er bitte um Bekanntgabe der tatsächlichen Gründe, die zu der Ernennung geführt hätten.

Überregierungsrat Rühl: Die Nachrichtenbeamten hätten niemals direkt an den Minister berichtet, mindestens hätten sie vorher ihren unmittelbaren Vorgesetzten Mitteilung davon gemacht. Neuerdings liege diese Berichtserstattungen weggefallen. Politische Berichte würden nicht mehr geliefert, die Nachrichten hätten sich nur auf wirtschaftliche Dinge zu erstrecken. Es sei nicht beabsichtigt, die frühere Einrichtung der Regierungskommission wieder aufleben zu lassen.

In dem Falle des Gittersee's Ueberfalls treffe die Amtshauptmannschaft keine Schuld.

Abg. Hammelsberg (Dnat.) bemängelt die Einstellungen für eine neue Dienstwohnung des Amtshauptmanns Bud. Seine Partei werde den Titel ablehnen.

Abg. Renner (Komm.): Auch seine Partei werde gegen den Titel stimmen, beantrage aber, die 60 000 Mark zur Behebung der allgemeinen Wohnungsnot zu verwenden. Der Apparat der Nachrichtenbeamten sei nur zu dem Zwecke ausgezogen, um die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter mit Hilfe der Polizei niederzukämpfen zu können. Seine Partei werde das Kapitel Amtshauptmannschaften ablehnen.

Ministerialdirektor Reilich: Bei der Besetzung der Amtshauptmannschaft Großenhain handele es sich um einen Ausnahmefall, denn als der Posten besetzt werden mußte, sei der neugewählte Bezirksrat noch nicht anwesend gewesen. Derselbe Grund habe bei der Besetzung der Amtshauptmannschaft Ramenz vorgelegen. Abg. Deutscher (Dnat.): Seine Partei sei von den Antworten der Regierung nicht befriedigt. Parteibeamte gehörten nicht auf solche Verwaltungsposten.

Nach weiteren kurzen Erklärungen der Abg. Rühl (D.P.), Schiffmann (D.P.) u. Grellmann (Dnat.) wird das Kapitel gegen die Stimmen der Kommunisten und auch teilweise der Deutschnationalen genehmigt. Der kommunikativer Antrag wird abgelehnt.

Drei wesentliche Aussprüche werden erlobt die Kap. allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern, des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, sowie des Wirtschaftsministeriums, Darlehen an die durch Hochwasser in der Oberlausitz Geschädigten, Hütten- und Hüttenwerke, staatliche Ver-

sehrunternehmungen, Einnahmen der allgemeinen Rentenverwaltung, Bergakademie zu Freiberg, Alters- und Landesfürsorgeanstalt, Hochbauverwaltung.

Sodann liegt ein kommunikativer Antrag zur Erhöhung der Bezüge der Rentner, Witwen und Waisen der Freiburger Rentenversicherung vor. Der Antrag wird entsprechend dem Vorschlag des Ausschusses abgelehnt. — Dasselbe geschieht mit dem kommunikativen Antrag auf Erhöhung der Affordräge, sowie Festsetzung der stündigen Arbeitszeit in den staatlichen Kalkwerken. Beide Anträge werden von den übrigen Parteien als Agitationsanträge bezeichnet.

Eine lebhaftere Auseinandersetzung gab es bei der Beratung der Vorlage über die staatlichen Kalkwerke in Chemnitz. Die Linkssozialisten und Kommunisten warfen dem Rechtssozialisten vor, sie vertreten den Interessenhandpunkt der Unternehmer und hätten im Ausschuss gegen den 8-Stundentag gestimmt. Im Verlaufe der erregten Auseinandersetzungen darüber stellten herüber und hinüber die heftigsten Schimpfwörter und es regnete Drohungen. Die sich nun die Dinge im Ausschuss wirklich abgepielt haben, ist schwer zu entscheiden, denn es handelt sich um eine Behauptung und selbst die Richtigkeit der protokollierten Niederschrift wurde bestritten.

Eine längere Aussprache zeitigte auch die Beratung der Regierungsvorlage, durch die 500 000 Mark für die Vorkriegsmaschinenfabrik Meißen angefordert werden. Alle Parteien waren sich darüber einig, daß die Entlohnung des künftigen Personal nicht ungenügend sei. Die Verhandlungen wurden heute nicht beendet, sondern sie sollen nächsten Dienstag, nachm. 1 Uhr fortgesetzt werden.

### Aus den Landtagsausschüssen.

III. Dresden. Der Besoldungsausschuß beschäftigte sich gestern mit mehreren Eingaben von Beamtenorganisationen. Er beschloß, die Eingabe der Invalidenberechtigten der Regierung zur Erwägung zu überweisen mit dem Auftrage, zu versuchen, möglichst weitere Stellen in Gruppe 6 zu erreichen. Die Denkschrift des Reichsverbandes der Finanzbeamten, Landesverband Sachsen, in der auf die Beteiligung der gehobenen ehemaligen sächsischen Steuerbeamten hingewiesen war, wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Der Ausschuß war einmütig der Meinung, daß die Interessen der durch die Schule der Praxis gegangenen Hochbeamten unbedingt gewahrt werden müßten. Des weiteren nahm der Ausschuß Kenntnis von einer Regierungsvorlage, wonach im Haushaltsplan 1925 für Straßenwärter, Pfleger, Förster, Mittelkalk-Techniker, Rechnungsführer usw. Höherstellungen geplant sind.

### Deutschlands angebliche Verflechte.

#### Auszug aus dem Generalbericht.

Paris. Der Generalbericht der Kontrollkommission umfaßt zusammen mit den 12 technischen Anlagen 350 Maschinenseiten. Der Bericht selbst enthält nach übereinstimmender Darstellung der Vorkämpfer eine Aufstellung folgender angeblicher Verflechte Deutschlands:

1. Neubildung des Großen Generalstabes.
2. Fortgesetzte militärische Ausbildung der Jugendverbände.
3. Militarisierung der Polizei.
4. Ausrüstung von Waffendepots.
5. Nichtsanktionierung der Aufstellung über das Rüstungsmaterial zur Zeit des Waffenstillstandes. Auf die britischen Mitglieder der Kontrollkommission habe, wie der „Matin“ hervorhebt, besonders die militärische Ausrüstung der deutschen Polizei tiefen Eindruck gemacht. Man habe festgestellt, daß die Polizei eine militärische Streitmacht ersten Ranges (1) darstelle. Die deutsche Jugend werde — was trotz allen Versicherungen hätte festgestellt werden können — zu Hunderttausenden in den Reihen der Reichswehr und der Vaterländischen Verbände militärisch ausgebildet. Die alliierten Regierungen würden deshalb nicht mehr die Aufrechterhaltung der Militärkontrolle und der Kölner Befehle anordnen, sondern auch neue Mittel zur Abrüstung Deutschlands suchen.

„Echo de Paris“ erwartet für den Meinungsaustausch mit England große Schwierigkeiten, weil die englische Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach vorschlagen werde, sich mit Deutschland abtun über ein Abrüstungsprogramm zu einigen, das fortwährend die Entwaffnung Deutschlands verbürge. Das Blatt kommt zu der — offenbar offiziell inspirierten — Schlussfolgerung: Wir werden in eine Lage der Abrüstungsklausel nur unter der Bedingung einwilligen, daß die Rheinlande entmilitarisiert werden und wir die formelle Zulage erhalten, daß uns England für den Fall eines deutschen Angriffs (1) militärisch unterstützt.

### Die Steuerpläne der Reichsregierung.

Berlin. Die gestern abend von der Reichsregierung der Öffentlichkeit übergebenen 7 großen Steuererleichterungen sind der erste und entscheidende Abschnitt der von der Reichsregierung geplanten gesamten Steuerreform. Die Reihe der neuen Steuererleichterungen ist damit nicht abgeschlossen, insbesondere fehlt noch der wichtige Entwurf über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Die Reichsregierung hofft, diesen Entwurf im Laufe der kommenden Woche im Kabinett erledigen und dem Reichsrat alsbald zuwenden lassen zu können, wo dann die entscheidenden Beratungen über den Ausgleich stattfinden werden. Auch bezüglich wichtiger indirekter Steuern haben sich Beratungen bevor. Von den Verbrauchssteuern soll besonders die Steuer auf Tabak und Bier eine

Erhöhung erfahren. Eine Abänderung und grundsätzliche Verbesserung des Umsatzsteuergesetzes ist wegen der Schwierigkeit der Materie innerhalb kurzer Frist nicht möglich. Da das Reich auf die mit rund 1 500 Millionen veranschlagte Einnahme aus der 1,5 prozentigen Umsatzsteuer unter keinen Umständen verzichten kann, kommt nach der Auffassung der Reichsregierung nur bei erheblicher Steigerung des Umsatzes eine Ermäßigung des Prozentsatzes und zwar insoweit in Frage, als dadurch das jetzt veranschlagte Steueraufkommen nicht gefährdet wird. Die Reichsregierung legt bei den jetzt vorgelegten Gelegenheitswürfen den entscheidenden Wert auf das neue Reichsbewertungsgesetz, weil in diesem der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit der Steuererhebung und Veranlagung besonders scharf herausgehoben werden konnte. In der Frage des Finanzausgleiches sind die Verhandlungen, die schon seit langem schweben, noch nicht zu einem Ausgange gekommen. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß diese Frage nicht kurzfristig für den Etat des Jahres 1925, sondern weitestgehend auch für spätere Jahre mit ihren soviel größeren Reparationslasten geregelt werden muß und daß Länder und Gemeinden nach dem Uebergangsjahr 1925, in dem ihnen vom Reich ausstehenden Prozentlag der Reichssteuern sich wesentliche Einschränkungen gefallen werden lassen müssen. Bei der Gegenüberstellung des Ausgabebedarfes des Reiches auf der einen, der Länder und Gemeinden auf der anderen Seite muß nach Auffassung der Reichsregierung das Interesse des Reiches schon im Hinblick auf die Reparationslasten vorgehen.

### Die Gewerkschaften gegen die Steuerreform.

Berlin. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände erklären einen Aufruf, in dem sie gegen die Steuerreform protestieren. Unter Hinweis auf das starke Anwachsen der Einkünfte aus Lohnsteuer, Umsatzsteuer und aus Zolleinnahmen und nach Einführung einer Stelle des Dawesachters erklären die Gewerkschaften: „Wir verlangen von der Reichsregierung eine Steuerpolitik, die nicht zuerst den Bedürfnissen der Besitzenden, der Industriellen und Agrarier, sondern den Lebensnotwendigkeiten des breiten Masse des Volkes entspricht.“

### Handwerks- und Mittelstandsfragen im Reichstagsauschuß.

Berlin. Der Reichstagsauschuß für Volkswirtschaft setzte die Beratung der Handwerks- und Mittelstandsfragen fort. Bezüglich der Kreditfragen wurde trotz der ablehnenden Haltung der Regierung ein Antrag angenommen, daß

1. Die Reichsregierung zur Wilderung der augenblicklichen Kreditnot der selbständigen Gewerbe des Mittelstandes die Reichsbank veranlassen möge, eine Summe von insgesamt 30 Millionen Goldmark der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse und der Genossenschaftskassensysteme der Dresdner Bank als Darlehen auf ein Jahr baldmöglichst zur Verfügung zu stellen mit der Maßgabe, die daraus zu gewährenden Kredite an die Kreditnehmer der gewerblichen Kreditgenossenschaften zu einem wesentlich billigeren als dem bisherigen Zinssatz weiterzugeben. Sollte die Beschaffung der Summe auf diesem Wege nicht möglich sein, so würde die Reichsregierung ersucht, die Summe aus Reichsmitteln den genannten Banken zur Verfügung zu stellen und dabei außerdem zu erwägen, ob Kredite aus dieser Summe nur unter der Bedingung gewährt werden, daß die Arbeitsbedingungen zwischen den Kreditnehmern und ihren Arbeitnehmern tariflich geregelt sind. Schließlich wurde die Reichsregierung ersucht, im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden des mittelständischen Gewerbes und des gewerblichen Genossenschaftswesens weitere Maßnahmen zu erwägen, um

2. dauernd den notwendigen Kredit für den gewerblichen Mittelstand zu beschaffen und zu verbilligen.

Bei der Berufsbereitstellung soll nach den Wünschen des Ausschusses eine besondere Vertretung für die Interessen des Handwerks geschaffen und die dazu erforderlichen Mittel in dem Reichshaushalt eingestellt werden. Die Anträge auf Errichtung eines besonderen Staatssekretariats für das Handwerk wurden abgelehnt. Sämtliche angenommenen Anträge sollen nach dem Haushaltsauschuß zur Nachprüfung ihrer finanziellen Wirkung überwiesen werden. Bezüglich der Preissteigerung wurde die Reichsregierung ersucht, zu prüfen, ob nicht eine Aufhebung der bestehenden Verbordnungen möglich sei.

Bezüglich des Verbindungswesens ersuchte der Ausschuß die Reichsregierung unter Berücksichtigung der in den verschiedenen Anträgen geäußerten Wünsche eine Neuorganisation des Verbindungswesens vorzunehmen. Ein Antrag, dies durch Reichsgesetz zu tun, wurde abgelehnt.

Beitritt der Wanderlager und des Dauerhandels wurde die Regierung ersucht, auf die Landesregierungen einzuwirken, diesen Fragen erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und für eine Abstellung der Mängel einzutreten.

### Nicht Abbau, sondern Verstärkung der Besetzung?

Kettwig vor der Brücke. Dem Befehlssamt wurde für den 23. d. M. das Eintreffen von 200 französischen Soldaten mit 200 Pferden zu vorübergehendem Aufenthalt angezeigt. Weiter wurde mitgeteilt, daß mit einer Aufgabe der Besetzung in diesem Jahre nicht zu rechnen sei, sondern daß eher die Truppen verstärkt würden.



# Deriliches und Sächlisches.

Miesla, den 20. Februar 1925.

**Verbesserung der Straßenbeleuchtung.** Auf Antrag des städtischen Betriebsamtes wurde die an der Ecke der Haupt- und Poststraße am Eingang der Niederlassstraße, auf hohem Maße befindliche elektrische Bogenlampe vom Elektrizitätswerk wieder instand gesetzt, sodass der kräftige, verkehrsreiche Stadtteil seit Mittwoch auch in den Abendstunden taubell erleuchtet ist. Die Beleuchtung, die bekanntlich vom Stadtorbordnetkollegium angeregt worden war, ist sehr zu begrüßen.

**Einheitskurschrift.** Der Stenographenverein Miesla eröffnet heute abend 1/8 Uhr in der Handelsschule einen Kursus in Einheitskurschrift.

**Die Sächsische Landesbühne** veranstaltet in Miesla im Hörsaal des Theatersaals abermals einige Gastspiele. Die erste Vorstellung findet Donnerstag, den 5. März, statt. Der Spielplan und alles Nähere ist aus dem heutigen Anzeigenteil zu ersehen.

**Die Kirchengemeindeversammlung** in Weida findet dieses Jahr nicht erst zwischen Oken und Pfingsten statt, sondern schon am kommenden Sonntag nach beendeter Vormittagsgottesdienste im Pfarrsaal. Diese Änderung geschieht in Rücksicht auf die bevorstehende Wahl zur Kirchengemeindevorstellung am 22. März. In der Versammlung wird ein Rechenschaftsbericht für die kirchliche Arbeit erstattet werden. Die Mitglieder der Kirchengemeinde sind zur Teilnahme dringend eingeladen.

**Der Evangelische Bund**, der wie mancher andere Verein während der Inflationszeit nicht in der Lage war, Versammlungen zu veranstalten, tritt nächsten Sonntag zum ersten Male wieder mit einer Versammlung an die Öffentlichkeit (siehe die Einladung in vorliegender Nummer). Der Versammlung geht um 6 Uhr ein Gottesdienst in der Trinitatiskirche voraus. Der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen ist gegenwärtig mehr denn je notwendig. Das und wie die deutsch-protestantischen Interessen bedroht sind, bedarf keines Beweises. Aber was damit für unser Volk auf dem Spiele steht, darüber ist sich mancher nicht klar. Da will der Evangelische Bund aufklären und die Mittel zeigen, mit denen die deutsch-protestantischen Interessen gewahrt werden müssen und unserem Volke ein heilsamer Dienst geleistet werden kann. Möge diese Veranstaltung von seiten der evangelischen Bevölkerung von Miesla und Umgebung die ihr gebührende Beachtung finden.

**Gesellschaftlicher Kreisverband Miesla.** Am Sonntag nachmittag 1/3 Uhr hat im Schäferhause in Kommasch eine Kreisvertreterversammlung stattgefunden, an der neben den Vorkänden und Vertretern des Kreisvereins, Großhändler und Kommahischer Gesellschaftervereins auch viele Mitglieder des letztgenannten Vereins teilgenommen haben. Der Kreisverbandsvorsitzende, Herr Neubert-Miesla, gab zunächst seiner Freude über die wohlwollende Teilnahme der Kreisverbandsmitglieder Ausdruck und dankte den daran Beteiligten für die viele Arbeit und erfratete Durchführung. Nach Besprechung des Jahresberichts durch den Schriftführer, Herrn Hiltz-Miesla, — der Bericht ging hauptsächlich auf die Gründung des Kreisverbandes ein — wurde vom Kreisverbandsvorsitzenden, Herrn Leister-Miesla, der Jahresbericht vorgelesen; dem Kassierer wurde nach Prüfung des Rechnungsbuches Entlastung erteilt. Dann erstattete Herr Neubert-Miesla über die Landesverbandsvorsitzung in Leipzig und weiter über die in Sebnitz herabgeleitete Sitzung Bericht, aus welchem hervorging, daß Kreisverbände in Zukunft nicht mehr vom Landesverband veranstaltet werden (ausgenommen die bereits vorgezeichneten Kreisverbände in Vorna). Die Kreisvertreter wählen die in ihrem Kreise stattfindenden Ausstellungen überwachen, ebenso die Bräunung und die Vergütung der Ehrenpreise. Zweimal jährlich findet in Dresden eine Kreisvertreterversammlung statt, durch die beim Landesverband die Wünsche der einzelnen Vereine vertreten werden; dazu soll auch der Landeskulturrat eingeladen werden. Richter, deren Nichten durch den Landeskulturrat anerkannt werden sollen, haben dies durch den Kreisverbandsvorsitzenden dem Kreisvertreter zu melden; hierauf findet durch ein Kreisrichterkollegium eine Prüfung der Nichten statt. Dadurch soll dem Bräunerschwund vorgebeugt werden. Ferner wird der Landesverband dahin wirken, daß die Redaktionen die Ehrenpreise in erster Linie auf (S. J.) eigene Nichten vergeben werden und daß nur Tiere innerhalb einer Klasse und nicht Gesamtleistungen durch verschiedene Gesellschafter den Ausschlag geben soll; dadurch soll die wirkliche Leistung belohnt werden. Darauf wurde die nächste Kreisverbandsversammlung durchs Los bestimmt; diese findet vom 22.—24. Januar 1926 in Riesa statt. Die 3. Kreisversammlung übernimmt der Großhändlerverein, der seine nächste allgemeine Gesellschafterversammlung vor der Jahresabschlussfeier im Januar 1926 abhält. Der Kommahischer Verein veranstaltet nächstes Jahr keine Ausstellung laut Versammlungsbeschluss vom 8. Februar. Nach Erledigung mancher anderer wichtiger Fragen wurde die Versammlung vom Kreisverbandsvorsitzenden geschlossen.

**Die Steuerborauszahlungen — Terminverschiebung.** Ueber die im Februar 1925 fälligen Vorauszahlungen auf Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer erfahren wir von zuständiger Seite: 1. Gewinnerzielende, Einzelpersonen und Erwerbsgesellschaften, die ihre Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer bisher monatlich entrichteten, halten ihre Vorauszahlungen für den Monat Januar am 10. Februar 1925 zu entrichten. 2. Die Landwirtschaft hatte ihre Vorauszahlungen für das erste Kalendervierteljahr 1925 am 15. Februar 1925 zu zahlen. 3. Die erste Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer für 1925 war in Höhe eines Viertels der Vermögenssteuer für 1924 am 15. Januar 1925 zu zahlen. 4. Mit Rücksicht darauf, daß in den den Reichsrat vorgelegten Gesetzentwürfen zum Teil andere Zahlungsstermine vorgesehen waren und daß manche Steuerpflichtigen über die Rechtslage nicht im klaren gewesen sein mögen, hat der Reichsfinanzminister bestimmt, daß Verzugszuschläge nicht erhoben werden sollen, wenn die oben zu 1 bis 3 genannten Zahlungen bis zum 28. Februar 1925 eingehen.

**Ermäßigung der Zinssätze betr.** Die Deutsche Rentenbank teilt mit: Zur Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion hat der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank beschlossen, eine Ermäßigung der Zinssätze sowohl für eigene Mittel der Deutschen Rentenbank wie auch für die Abwicklungskredite eintreten zu lassen. Die Deutsche Rentenbank gibt ihre Gelder an die Kreditvermittler nunmehr zu Bedingungen, die es dem letzten Geldgeber ermöglichen, alle von der Deutschen Rentenbank herührenden Kredite zu 12 Prozent an die Landwirtschaft zu leiten. Dieser Beschluss tritt, wie der Nachrichtendienst erklärend hinzufügt, sofort in kraft. Der Zinssatz von 12 Prozent ist als Höchstfuß anzufassen, eine Ermäßigung unter diesem Satz anzustreben. Bei laufenden Wechseln soll von der ersten Fälligkeit an ebenfalls die Verbilligung eintreten.

**Steigerung der Mietzinsen für Lagerplätze usw.** Wie die Handelskammer Dresden als Vorort der sächsischen Handelskammern mitteilt, haben die schriftlichen und mündlichen Vorstellungen gegen die erheblichen Steigerungen der Mietzinsen für Lagerplätze, Lagerhäuser, Lagerplätze

den Erfolg gehabt, daß die Reichsbahndirektion Dresden Entgegenkommen zeigte und die Mieter zu Verhandlungen angewiesen hat. Begründete Beschwerden sind bei den zuständigen Eisenbahnbetriebsdirektionen und -bauämtern eingereicht, bei Erfolglosigkeit bei der Reichsbahndirektion Dresden selbst, in letzterem Falle am besten über die Handelskammer.

**Ausprägung von Münzen.** Der Reichsrat ermächtigte den Reichsfinanzminister zur Ausprägung von Münzen im Nennwert von unter einer Reichsmark je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen. Außerdem erklärte er sich mit der Neuausprägung von Reichsmarksilbermünzen bis zu einem Gesamtbetrage von 300 Millionen Reichsmark einverstanden. Das Aussehen der größeren Silbermünzen soll zur Vermeidung eines Fälschungsverständnisses verändert werden.

**Die Manöver der Reichswehr.** Bei der Anlage der diesjährigen großen Übungen der sächsischen Reichswehrtruppen war daran gedacht worden, die verschiedenen Waffengattungen im Wintergelände zu erproben. Statt dessen zogen die Truppen am Montag bei ausgeprägtem Frühlingswetter aus ihren Standorten hinaus in eine braun-grüne Frühlingslandschaft, wie wir sie normalerweise sonst frühestens im März gewohnt waren, und am Dienstag lag dann strahlende Sonne über dem Manövergelände. Das blaue verstärkte Infanterie-Regiment 10 hatte am 17. Februar um Vossau, das Halbregiment Jänichen (2., 4. und 6. Eskadron Reiterregiment 12) südlich Nischau Unterfangen bezogen. Am Dienstag früh wurde der Vormarsch angetreten. Das Marschziel der blauen Partei war für diesen Tag die Gegend von Döbeln, um am nächsten Tage in der Richtung auf Grimma voranzukommen. Die rote Partei (verstärktes Infanterie-Regiment 11) traf am Dienstag mit der Masse westlich der Wulde in der Gegend westlich Trebsen ein. Sie sollte verhindern, daß Blau die Wulde in Richtung Leipzig überschreitet. Das Reiterregiment Oberst Genthe (rote Partei) hatte deshalb schon am Montag Kavallerie nach Wernsdorf vorgeschickt, um aufzuklären. Am Dienstag ist es dann mit der Masse über Rügischau auf Nischau vorgegangen, wo es mit der blauen Kavallerie kämpfend in Fühlung kam. Nachdem am Mittwoch die Vorhuten der beiden feindlichen Abteilungen wiederholt in Fühlung gekommen sind, ist nach dem bisherigen Verlauf der Vorhutgefechte bestimmt anzunehmen, daß das entscheidende Infanteriegefecht am Morgen des Donnerstags im Raume Grimma-Großbothen erfolgt ist und daß sich im besonderen um die Wuldenübergänge bei Grimma und Großbothen interessante Kämpfe unter Einsatz aller verfügbaren Truppenteile abgewickelt haben.

**Einigungsbestrebungen der Bananengesellschaften.** In den Verarmungsverhandlungen zwischen dem Allgemeinen Verband der Deutschen Bananengesellschaften und dem Reichsverband der Bananengesellschaften wird mitgeteilt, daß die Vorverhandlungen eine derartige Annäherung der beiderseitigen Standpunkte ergeben haben, daß nunmehr eine bevollmächtigte Kommission beider Organisationen zur Beilegung der noch bestehenden wenigen Differenzen zusammenzutreten wird. Sodann soll ein gemeinsamer Fusionsvertrag entworfen und bei den Organisationen zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

**5. Allg. Sächsische Artillerietage** am 6., 7. und 8. Juni in Dresden. Die Wiederkehr der aller Artilleristen, die zuletzt 1914 in Bautzen stattgefunden hat, wiederholt sich diesmal in Dresden. Rührend durch den Militärverein „Heidatillerie Dresden“, Vorsitzender Schuster, Wilhelmplatz 3, der mit der Ausführung des Festes beauftragt ist.

**Ministerialrat Prof. Dr. Wendt-Glaser** in Dresden wurde durch Erlass des Reichspräsidenten zum stellvertretenden Mitglied des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ernannt.

**Um Fall Beilke.** Gegen den Spruch des sozialdemokratischen Schiedsgerichtes im Falle des Landtagsabgeordneten Beilke — in dem Schiedspruch wurde der Ausschluß Beilkes aus der Partei bekanntlich abgelehnt — hat der erweiterte sozialdemokratische Bezirksvorstand Ostschlesien beim Parteitag Berufung eingelegt. Bestes Ansehen im Parteisekretariat wurde auch formell ausgesetzt, nachdem er dort schon längere Zeit nicht mehr beschäftigt wird. Gegen Beilke schwebt noch ein zweites Ausschlußverfahren wegen „beachtlichen Zuwiderhandelns gegen Parteibeschlüsse“.

**Gärtnerzeitliche Erhebung.** Zur Erlangung genauer Nachrichten über die Verhältnisse des Gartenbaus hat das Wirtschaftsministerium beschlossen, am 19. Mai 1925 eine gärtnerzeitliche Erhebung im Freistaat Sachsen zu veranstalten. Die „Sächsische Staatszeitung“ veröffentlicht eine Verordnung des Wirtschaftsministeriums über die Vornahme dieser Statistik.

**Eine Verordnung über Warenausspielungen.** Die bauernden Klagen über das schädigende Ueberhandnehmen der Warenausspielungen aller Art auf den Weiden, Jahrmärkten usw. veranlaßte den Landesauschuss des Sächsischen Handwerks, wiederholte Vorstellungen beim Ministerium des Innern wegen einer erheblichen Einschränkung dieser volkswirtschaftlich unerwünschten Erscheinung zu erheben. Nunmehr hat das Ministerium unter dem 2. Februar eine neue Verordnung über die Regelung des Warenausspielens herausgegeben, worin den berechtigten Wünschen des Korbmachers, Uhrmachers, Fahrradmechaniker, Klempner- und Beileidungs- und Lebensmittelgewerbes Rechnung getragen wird. Vor allem ist die Genehmigung zum Warenausspielen da zu verweigern, wo die Ausspielungen dem regelmäßigen zuverlässigen Wareneinsatz Abbruch tun würden oder ein Bedürfnis nicht besteht. Weiter ist das Ausspielen von Korbmachern, Textil- und Schuhwaren jeder Art, sowie von Hausuhren vollständig verboten, während für andere Waren die Genehmigung nur erteilt werden darf, wenn der Anschaffungspreis des einzelnen Gewinnes 3 Mark nicht übersteigt. Es steht bestimmt zu hoffen, daß der schädigende Betrieb der Warenausspielungen für das reelle Gewerbe damit ein Ende erreicht hat.

**Das Erzgebirgs-Kammbahnprojekt.** Bereits zur Zeit, als der erste Gedanke der Durchtunnelung des Reiberges auftauchte, waren die Vertreter der Gemeinden des oberen Erzgebirges der Ansicht, daß das Projekt einer Eisenbahnverbindung zwischen Karlsbad—St. Joachimsthal—Weipert mit Durchtunnelung des Reiberges infolge der damit verbundenen hohen Kosten wohl ständig ein frommer Wunsch bleiben wird. Sie gaben deshalb die Anregung, in erster Linie auf das nächst erreichbare hinzuwirken und das wäre eine Verbindung zwischen den beiden das Gebirge überspannenden Bahnlängen Komotau—Weipert und Karlsbad—Weipert. Diese Bahn, die sogenannte Kammbahn, sollte von Schmiedberg ausgehen und über Gottesgab nach Abertsham und Platten geführt werden. — Nun gab die Bezirksverwaltungscommission Platten die Anregung dahin zu wirken, daß das Projekt dieser Kammbahn in dem Sinne erweitert werde, daß die projektierte Kammbahn über Platten, Orlitzsch nach Großschütz weitergeführt werde. Dadurch wäre das industriell hochstehende Orlitzsch-Gebiet mit dem Weipert-Gebiete verbunden und auch die Rentabilität dieser Bahn wäre halbwegs gesichert.

**Die Bismarckentwässerung im Vogtlande.** Infolge des milden Winters hat die Zahl der Bismarckentwässerungen im oberen Vogtlande beträchtlich zugenommen. Die gefährlichen und schädlichen Raquetiere, welche sich sehr rasch

vermehrten, kommen nicht selten aus ihren Schlupfwinkeln (in Teichen und an Flußufern) in benachbarte Ortschaften und greifen sogar Menschen an, die sich ihnen entgegenstellen. In den letzten 14 Tagen wurden in Oelsnitz zu verschiedenen Zeiten in einer Bahnunterführung am Bahnhofe, in der äußeren Wäuerischen Straße und auf dem Schönedorfer Wege je eine ausgewachsene Bismarckentwässerung gefasst und erschlagen.

**Merzdorf.** Der Militärverein Merzdorf und Umgebung begehrt kommenden Sonntag, den 22. Februar, im diesigen Gasthof zum Schwan in feierlicher Weise die Feier seines 25-jährigen Bestehens.

**Dresden.** Gegen 1/2 Uhr nachmittags verunglückte ein in der Webergasse wohnhafter Monteur in Vorstadt Wölzau bei der Ausbesserung einer elektrischen Anlage am Hause Reifewitzer Straße 73. Bei den Ausbesserungsarbeiten, die er auf einer 6 Meter hohen Leiter stehend vornahm, kam er mit dem elektrischen Strom in Berührung und stürzte von der Leiter ab. Er erlitt dabei einen Schädelbruch und andere Verletzungen und mußte in das Friedrichsbad Krankenhaus überführt werden, woselbst er bald nach seiner Entlassung verstorben ist.

**Bautzen.** Die staatliche Kraftwagenlinie Bautzen-Sachsen soll, wie im Bezirksauschuss mitgeteilt wurde, im April wieder eröffnet werden. Es sind nämlich zwei Doppelwagen in Aussicht genommen. Der Bezirksauschuss erklärte sich auch seinerseits bereit, für den Bautzener Bezirk die vom Staate geforderte Garantieleistung zu übernehmen. Auch die Stadt Bautzen hat sich an der Garantieleistung beteiligt.

**Jittau.** Die hiesigen Stadtverordneten werden in ihrer nächsten Sitzung sich mit der Einführung der losen toten Totenbestattung beschäftigen.

**Golditz.** Am Dienstag hielt das zweipännige Geschirr des Pferdehändlers Hinrichsen aus Bad Nauzig vor der hiesigen Waldschänke. Durch das Auspuffgeräusch eines Motorrades erschreckt, scheuten die Pferde plötzlich und rissen die ganze Bad Nauziger Straße herein bis zum Bahnübergang. Unmittelbar vor diesem kamen die Frauen Marie Rätzer und Martha Richter aus Commichau mit ihrem Karrenwagen gefahren. Die Frauen konnten das Rufen der durchgehenden Pferde wegen der dort starken Krümmung der Straße nicht hören und deshalb sich nicht in Sicherheit bringen. Sie wurden beide von dem Geschirr überfahren und schwer verletzt. — In dem von neun Familien bewohnten Gebäudekomplex des Schankwirts Karl Seidel hatte amends in seiner Wohnung der Hegeleharbeiter Weinert einen Brand angelegt, welcher noch schnell gelöscht werden konnte. Der Täter, welcher geständig war, wurde in Haft genommen.

**Chemnitz.** Auf der stark abschüssigen Goethestraße geriet durch Versehen des Schleifzeuges ein mit 80 Zentnern Getreide beladenes Lokschleppwerk ins Rollen und rief die Pferde mit der Straße hinan. Auf der Zwölftener Straße rannte der Wagen mit voller Wucht in einen stadtbahnhöflichen Straßenbahnwagen, sodass sich die Deichsel in das Untergestell des Straßenbahnwagens einbohrte und abbrach, wobei der Triebwagen beträchtlich beschädigt wurde. Die beiden Pferde kamen zum Stillstand; eines von ihnen brach ein Bein und mußte auf der Stelle getötet werden, während das andere mit mit zahlreichen Hautabschürfungen davonkam. Wie durch ein Wunder blieb der auf dem Wagen stehende Kutscher unversehrt.

**Wackerborsdorf bei Chemnitz.** Am 19. Februar feierte hier das Friedrichs August Fritzsche Ehepaar das Fest der diamantenen Hochzeit.

**Hohenstein-Ernstthal.** In der Tschoch-Schloß das andere mit zahlreichen Gantabschürfungen davon dem Ortsteil Hittinggrund festgenommen, der seinerzeit bei den bekannten Bombenattentaten eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hatte. Das Auslieferungsverfahren ist eingeleitet.

**Plauen.** In der Nacht zum Mittwoch bemerkte ein junges Mädchen bei seinem Gange über die Friedrich-August-Brücke, daß eine Frau in mittleren Jahren in den Pfosten des Geländes hing. Die Frau wurde mit Hilfe eines Polizeibeamten aus ihrer gefährlichen Lage befreit. Es stellte sich heraus, daß sie über das Geländer geklettert war, um sich von der Brücke abzuheben, daß sich aber ihre Kleider in den Pfosten des Schutzgeländers verfangen hatten.

**Leipzig.** In der Nacht zum 18. ds. Mts. hat sich im Polizeigefängnis ein 47jähriger Eisenbahnbetriebsassistent, der sich wegen Verdacht der Falschmünzprägung in Untersuchungshaft befand, mit Hilfe eines Kleidungsstückes erhängt. Entgegen der Behauptung einer Leipziger Zeitung sollte er, wie vom Polizeiamt mitgeteilt wurde, mit dem in Frage kommenden Mädchen kein Liebesverhältnis gehabt. — Der Rat der Stadt Leipzig hat in seiner sechsten Sitzung die Bereitstellung von 140 000 Mark zur Unterhaltung nothleidender Künstler Leipzig beschlossen.

**Leipzig.** Heute, am 20. Februar begehrt der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Rothe in voller Frische seinen 60. Geburtstag. Anfangs November 1917 fand seine Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig als Nachfolger des am Gesundheitsrückfällen in den Ruhestand getretenen Oberbürgermeisters Dr. Dietrich statt. Am 1. Jahre 1918 trat Dr. Rothe sein neues Amt als Oberbürgermeister an, das er bisher trotz mancherlei Anfeindungen der Rüstungszeiten des Stadtverordnetenkollegiums bis zum heutigen Tage am Segen der Weisheit Leipzig verwaltet hat. — Die städtische Gewerbeschule in Leipzig begibt feierlichen Othm die Feier ihres 50-jährigen Bestehens.

**Leipzig.** Die Stadtvertretung von Leipzig hat beschlossen, zur Abgabe für Fremdenbeherbergung auch die in Privat- und Badhäusern wohnenden Kurgäste heranzuziehen. Diese Abgabe soll 5 Prozent des Mietzinses betragen. Dies würde für die Stadt eine ungefähre Einnahme von 75 000 Kronen bedeuten.

## Hochbedeutende kirchliche Tagung.

Die Positivte Volkstirchliche Vereinigung empfindet in einer Zeit, da eine Fülle hochwichtiger kirchlicher Fragen vorliegt, die große Verantwortung zu raten und zu handeln. So fand am 16. Februar d. J. in Dresden im Saal des Christlichen Vereins Junger Männer eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die aus allen Teilen des Landes stark besucht war. Als Vertreter des Landeskonferenzamtes nahm Herr Geheimrat Dinter an den Verhandlungen teil, der wertvolle Aufschlüsse geben konnte. Es handelt sich, so führte der Vorsitzende, Herr Oberkirchenrat Jentsch-Gemnitz, aus, um die Ergänzungswahlen zur Kirchengemeindevorstellung, um die ins Stoden geratene kirchliche Gesehung und um die Kolaturfragen. Exzellenz Staatsminister Dr. Erdöder sprach über das Thema: Die kirchliche Lage der Gegenwart. Er stellt neues Äuheres und inneres Leben. Er belegt das mit dem Hinweis auf die Verfassungsdarbeiten, die gesteigerte Rührigkeit der Inneren und Äuheren Mission, der Jugendarbeit, der sozialen Arbeit der Kirche und der weltumspannenden Bewegungen des Auhertums. In dieser Zeit habe die V.B.V. besondere Aufgaben. Er entwickelte die Ziele der Vereinigung, denen sie von Anfang an treu geblieben sei.

Eine zu dem Vortrag eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: Die Positivte Volkstirchliche Vereinigung ist eine volkstirchliche Organisation, welche die auf dem Boden des Bekennnisses stehenden Glieder der Kirche zu ge-



mitmamer kirchlichen Arbeit verbunden wird. Sie arbeitet insbesondere an der Lösung kirchenspezifischer Aufgaben. Wenn in dieser kirchlichen Arbeit eine Nebenregierung oder Parteiherrschaft erblickt wird, dann fehlt das Verständnis für eine Volkspolizei. Deren Wesen besteht nicht zuletzt darin, daß der Wille des kirchlichen Volkes sich kundgibt und von den verfassungsmäßigen Organen mehr als bisher bei der Staatskirche beachtet wird. Die P.S.B. wird deshalb, unbeeinträchtigt durch Schlägerte, diesen Dienst an der Kirche weiter tun. In diesem Sinne bitte sie bei der bevorstehenden Wahl der Kirchengemeindevertreter dahin zu wirken, daß nur Personen gewählt werden, welche durch ihre kirchliche Mitarbeit und ihren christlichen Wandel die Gewähr bieten, daß durch die kirchlichen Körperschaften in der Volkspolizei Lebenskräfte geweckt werden, durch die allein eine religiöse Erneuerung des Volkes möglich wird."

Der als Reichswort der Jungmännervereine in ganz Deutschland bekannte Herr Dr. Slangue sprach über die Gesamtansagen kirchlicher Vorgesetzter. Die brauchen jetzt mehr als Gelegenheitsreden, sondern eine Gesamtansage aus dem Ganzen heraus. Die dringenden Fragen sind unter diesem Gesichtspunkt zu behandeln. Die Kirche soll immer wieder die große Verantwortung in einer Stunde, die das größte Selbstbewußtsein und den härtesten Tatwillen fordert. Als Ziel wird die Heranbildung der Kerngemeinden bezeichnet.

Auch die zu diesem Vortrag eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme:

Die politische kirchliche Vereinigung bedauert es, daß die der Einführung der neuen Verfassung im Wege stehenden Hindernisse noch nicht überwunden werden können, daß insbesondere die Stellung des Landesbischofs und der Synode noch nicht im Sinne der Verfassung geregelt ist. Die P.S.B. bringt auf Erlass einer neuen den Forderungen der Gegenwart entsprechenden Disziplinarordnung für die Geistlichen und auf Beseitigung der reichs- und landesgesetzlichen Schranken, die einer gerechten kirchenspezifischen Steuerregelung noch entgegenstehen. Sie erwartet für das kommende Jahr eine nach einheitlichen, profanitären Gesichtspunkten aufgestellte Gesetzgebung, welche die staatskirchliche Volkspolizei zu einem Organismus lebendiger Kräfte ausbaut und insbesondere die Heranbildung neuer kirchlichen Lebens in der Gemeinde fördert."

Herr Kummer, Mitglied des Kirchenregimentes, beantwortete in dem dritten Vortrag die Frage: Was muß geschehen angesichts der bevorstehenden Ereignisse bei der Besetzung mehrerer Pfarrerstellen? Er forderte, daß Aufklärungsarbeit in den Gemeinden zu treiben sei, und daß bei der Besetzung das Besondere mehr auszusprechen und das Persönliche mehr zu betonen sei.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

"Nachdem in Sachen der städtischen Patronate das Oberverwaltungsgericht sich als für die sachliche Entscheidung unzuständig erklärt hat, stellt die P.S.B. die Verordnung, die Ausübung der Patronatsrechte betr. vom 20. 3. 1924, als rechtsgiltig an. Sie erwartet daher deren Durchführung. Ferner spricht sie die Hoffnung aus, daß die durch beherrschende Vorkommnisse in einzelnen Gemeinden erschlaffte kirchliche Autorität wieder hergestellt, weiteren Übergriffen aber unter voller Wahrung der Rechte der Gemeinden mit Festigkeit gewehrt werde."

## Die heutige Reichstagsitzung.

(Funktspruchmeldung.)

Berlin, 20. Febr., 10 Uhr vorm.

Der Reichstag berät zunächst in 2. und 3. Beratung einen Anleihevertrag zu dem am 1. September 1920 abgeschlossenen

### Deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen.

In dem Bericht des Ausschusses wird von dem Abg. Dr. Felsmann betont, Deutschland sei bei diesem Abkommen mehr der Gebende als der Empfangende. Aber die Wiederbeit des Ausschusses habe dann mit Rücksicht auf das besondere Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland sich für die Genehmigung ausgesprochen.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann erklärt dazu: Trotz aller Bemerkungen der Verträge von Versailles und St. Germain sind wir entschlossen, alles zu tun, um die Beziehungen zwischen Deutsch-Österreich und dem Deutschen Reich so fest und friedlich wie nur möglich zu gestalten. (Weib. Beifall.)

Wenn deshalb der vorliegende Vertrag auch den Charakter eines Provisoriums trägt, kann er auch Deutschland weniger Vorteile bringen als Österreich, so haben wir ihm dennoch zugestimmt, um möglichst der erste Staat zu sein, der mit seinem deutschen Nachbarstaat Österreich einen solchen Vertrag abschließt. (Beifall.)

Wir sollten in diesem Falle nicht prozentual berechnen, wer mehr gibt oder empfängt. Wenn es nach dem Willen beider Völker ginge, würden die überbauten Grenzmauern niedergerissen, würden wir ein Land und eine Wirtschaftsgemeinschaft sein. (Weib. Beifall.) Es ist mit Recht über die noch fortbestehenden Grenzschwierigkeiten geklagt worden. Ich freue mich, mitteilen zu können, daß wir Anfang nächster Woche mit der bisherigen österreichischen Grenzschutzverwaltung in Verbindung treten werden mit der Absicht, die zwischen beiden Ländern vereinbarten Bedingungen auszuüben. (Weib. Beifall.)

Abg. Dr. Sifferting (Soz.) begrüßt die angekündigte Aufhebung der Grenzschranken und wendet sich gegen die Absicht, Agrarschleusen einzuführen. Der Artikel 48 der Reichsverfassung dürfte für den Abschluß solcher Verträge niemals von Belang werden.

Abg. Stöcker (Komm.) protestiert gegen die Errichtung von Zollschranken zwischen Österreich und Deutschland; die Verträge von Versailles und St. Germain dürften kein Hindernis für die Zollunion bilden. Die Kommunisten würden gegen den Vertrag stimmen.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) begrüßt den Vertrag als den Grundstock zu einem festen wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen Deutschland und Österreich. Das deutsche Bürgertum habe sich keineswegs damit abgefunden, daß die Friedensverträge den politischen Zusammenschluß hindern. Es könne sich nur ungern damit aus. Der Vertrag wird dann gegen die Stimmen der Kommunisten endgültig angenommen, ebenso die Vorlage zur Verlängerung des vorläufigen Handelsabkommens mit Portugal.

Auf der Tagesordnung steht dann die

### Denkschrift über die Ruhrkredite

über die Erhaltung der Reparationslasten und Schäden der Privatwirtschaft des Ruhr- und Rheingebietes, sowie kommunizistische und sozialdemokratische Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Ruhrkredite.

Reichsfinanzminister Dr. von Schlieffen

leitet seine Erläuterungen mit der Erklärung ein, die Regierung erkenne an, daß bei den Ruhrkreditabgaben eine Staatsüberschreitung vorliegt, und sie erbittet dafür Indemnität. Die Regierung habe von vornherein die Absicht gehabt, diese Angelegenheit dem Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt zu unterbreiten.

# Der Vertrauensantrag in Preußen abgelehnt.

Berlin. (Funktspruch nachm. 3 Uhr.) Die Abstimmung über den Vertrauensantrag der Regierungsparteien, über den heute die Entscheidung fallen soll, wird voraussichtlich zwischen 3 und 4 Uhr erfolgen. Die Entscheidung ist sehr zweifelhaft. Die Regierungsparteien bringen mit Einschluß der Voten 224 und die Opposition bringt 228 Stimmen auf. Bei den Regierungsparteien sowie den Oppositionsparteien fehlt eine Anzahl Mitglieder wegen Krankheit. Das Verhältnis steht also 219 Stimmen Regierungsparteien gegen 220 der Oppositionsparteien. Die Entscheidung kann also nur durch Zufälligkeiten noch beeinflusst werden.

Abg. Herz (Soz.) begründet den Antrag seiner Freunde auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vergabe der 700-Millionen-Entscheidung an die Ruhrindustrie. Die Denkschrift der Regierung schaffe keine befriedigende Aufklärung. Sie gibt den Briefwechsel nur lückenhaft wieder, sie teilt auch nicht die Kabinettsbeschlüsse mit, auf die sich die Regierung mit ihrer unterirdischen Propaganda vor dem Erscheinen der Denkschrift berief. Angesichts der Verleugung der früheren sozialdemokratischen Minister für die Ruhrkreditabgabe mit verantwortlich zu machen, müssen wir von dem jetzigen Reichsanwalt verlangen, daß er der Wahrheit die Ehre gibt und bekündigt, daß sein Amtsvorgänger als Finanzminister Hilferding nicht mit dieser Angelegenheit zu tun hatte. (Reichsanwalt Dr. Lütjers nicht befragt.)

Noch am 12. Oktober schrieb Dr. Stresemann an den Bergbauischen Verein, er könne bei der Finanzlage des Reiches eine Garantie für den Ersatz der Reparationslasten der Industrie nicht übernehmen. Aber schon am 21. Oktober wurde von Dr. Stresemann etwas anderes zugesagt. (Minister Dr. Stresemann: Weil die Regierung durch einstimmigen Beschluß ihren Standpunkt geändert hat.) Solange das Wiederbauministerium von einem Nichtsozialdemokraten geleitet wurde, galt es als zuständig für diese Verhandlungen, unzuständig wurde es in dem Augenblick, wo der Sozialdemokrat Robert Schmidt das Ministerium übernahm. (Rufe bei den Soz.: Das ist Korruption.)

Der Redner geht dann auf die Art ein, wie die Regierung die Entschädigungsaktion vorgenommen habe unter Aufsicht des Reichstages. Die Reichsregierung habe bei der Gewährung der 700-Millionen-Entscheidung an die Ruhrindustrie geschwindig gehandelt und dadurch das Ansehen des Reiches schwer geschädigt. Die Entschädigungen sind der Ruhrindustrie von der Reichskasse gezahlt worden zur Abgeltung der Wärmelasten, obwohl zur Abgeltung dieser Lasten der Industrie erhöhte Preise auf Kosten der Konsumenten und geminderte Löhne auf Kosten der Arbeiter und Anstellungen bewilligt worden waren.

In der Denkschrift wird zur Begründung der geschwindigen Ausführung angeführt, daß Reich habe gemessenmaßen in Geld genommen und habe es deshalb schnell ausgegibt. In dies vereinbar mit der Haltung der Herren Lütjers und von Schlieffen im Aufwertungsausschuss? Beide haben dort erklärt, das Reich habe nicht die Mittel für eine gerechte Aufwertung. Während die Ruhrindustrie sich unerschrocken bereichert habe, sind 7000 Arbeiter und Angestellte der Rheingebietes brotlos geworden und auf die Straße gesetzt. Durch diese Willkürentscheidung an reiche Industrielle ist auch die Aufwertungsfrage in ein anderes Stadium gerückt. Wir verlangen die Rückzahlung der Entschädigung, damit mit diesen Mitteln das schwere Unrecht gutgemacht wird, unter dem die Aufwertungsinteressenten litten mußten. (Weib. Beifall bei den Soz.)

Von den Parteien der Rechten und vom Zentrum ist ein Antrag

eingegangen:

Gemäß Artikel 84 der Reichsverfassung wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt mit der Aufgabe, festzustellen, ob irgendwelche Beiträge an die Ruhrindustrie geleistet oder ausbezahlt worden sind und ob dabei eine Rückzahlungspflicht vorliegt.

Abg. Dr. Cremer (DVP.) gibt für die Fraktionen der Deutschnationalen, der Trupps und Bauernischen Volkspartei und der Christlich-sozialen Fraktionen eine Erklärung ab, in der gesagt wird, die verschiedenen Fraktionen seien übereinat, daß die Reichsregierung bei dem Ersatz der Reparationslasten geschwindig gehandelt habe unter dem Druck der Notwendigkeit, die deutsche Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Sie seien gleichwohl für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, damit objektiv festgestellt werde, daß die Maßnahmen der Regierung durch zwingende Verhältnisse geboten waren, und daß niemandem unzulässige Vorteile zugeführt wurden.

Die Fraktionen beantragen weiter die Überweisung der Denkschrift an den Hauptausschuss.

Die Sitzung dauert noch an.

## Bermischtes.

Der belgische Dampfer Ascator, der mit einer Ladung Kohlen von Rotterdam nach Italien unterwegs war, ist am letzten Dienstag auf der Höhe von Quessant gesunken. Seine Besatzung wurde laut "Journal" durch den französischen Dampfer El Kantara gerettet und in Bordeaux gelandet. Unter der Besatzung befinden sich auch vier Deutsche, die durch die Kollision des belgischen Dampfers nach Deutschland zurückbefördert werden.

Fünf Fischer ertranken. Im Golf von Gales ist ein Fischerboot mit 5 Mann Besatzung gesunken. Trotz eifriger Nachforschungen konnten die Leichen der Fischer noch nicht geborgen werden.

Ueberfällige Flugzeuge. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß mehrere Flugzeuge, die mit einer für die Schweiz bestimmten Goldladung in London aufgestiegen waren, bei Paris eine Zwischenlandung vorgenommen hatten. Wie jetzt aus Basel gemeldet wird, sind die Flugzeuge seit zwei Tagen überfällig. Es wird vermutet, daß sie infolge der Stürme der letzten Tage

## Heute oder morgen

# Postbezieher!

kommt der Briefträger zu Ihnen und wird das Bezugs-geld für März auf das Nie-lauer Tageblatt einheben. Sofortige Bezahlung liefert Ihnen eine ununterbrochene Zustellung des Nie-lauer Tageblattes zu Beginn vom März.

Die Zeitung unterstützt und fördert dich jeden Tag in deinem Kampf um die Existenz. Vergilt ihr das, indem Du ihr die Erlaubnis ihres Ver-nachlässigung durch Dein ständiges Abonnement erleichterst!

## Nachtritt des gesamten Kabinetts Marx.

Berlin. (Funktspruch nachmittags 3 1/2 Uhr.) Bei der Abstimmung über den Vertrauensantrag der Regierungsparteien wurden abgegeben 489 Stimmen, mit Ja stimmten 218, mit Nein 271. Damit ist der Vertrauensantrag abgelehnt. Ministerpräsident Marx erklärte darauf im Namen des gesamten Kabinetts die Demission des Kabinetts.

eine Notlandung haben vornehmen müssen.

Ufer einwärts. Gestern führte in der Nähe von Sebastopol ein Teil des russischen Meeresjägers von etwa 37000 Kubikmetern ins Meer. Der anschließende Meeresgrund erhob sich, wobei sich eine 150 Meter lange Halbinsel und einige kleinere Inseln bildeten.

## Zum deutsch-rumänischen Konflikt.

Die Stellungnahme Rumäniens.

Bukarest. (Funktspruch.) Die Agentur Orient-Radio meldet: Bevor noch die rumänische Regierung die zur Wahrung ihrer Interessen in der Frage der von Deutschland während der Besetzung ausgegebenen Banknoten notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, verbreitet die deutsche Presse alle Arten falscher Nachrichten und erregt sich nach altem deutschen Verfahren in Drohungen. So wird behauptet, daß die rumänische Regierung eine Massenausweisung deutscher Staatsangehöriger anordnet und eine Beschlagnahme des Eigentums der in Rumänien wohnenden deutschen Staatsangehörigen vorgenommen habe. Diese beiden Nachrichten sind vollkommen unrichtig. Das Wertwürdigste ist, daß Dr. Stresemann im Reichstag hat behauptet können, daß er zum Ausgleich für die Ausgabe von Banknoten der Banca Generala 50 Millionen Goldmark Rumänien angeboten habe, während kein derartiger Vorschlag gemacht worden ist. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß Rumänien entschlossen ist, wenn Deutschland weiterhin seine Verpflichtungen nicht erfüllen will, seine Rechte durchzusetzen.

Ann. des W. T. G.: Hierzu ist zu bemerken, daß von deutscher Seite irrtümliche Nachrichten über bereits erfolgte rumänische Maßnahmen gegen Reichsdeutsche und deutsches Eigentum bereits demontiert worden sind. Was das Angebot von ungefähr 50 Millionen Goldmark an Rumänien betrifft, so ist ein solches im Frühjahr 1921 erfolgt. Etwas anderes hat auch der Reichsaussenminister im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags nicht behauptet. Seit Annahme des Dawesplanes ist ein Angebot deutscherseits nicht gemacht worden. Dies konnte schon deshalb nicht geschehen, weil Deutschland auf Grund des Dawesplanes nicht verpflichtet ist, eine von Rumänien geltend gemachte Forderung außerhalb des Verlaufs Friedensvertrages anders abzulösen als im Rahmen der Annuitäten des Dawesplanes. Die deutsche Regierung beabsichtigt, in allerhöchster Zeit die Reparationskommission mit dieser Frage zu befaßen.

## Letzte Funktspruch-Meldungen und Telegramme

Ries, am 20. Februar 1925.

Ein Polyzist wegen Mordverdachts festgenommen.

Berlin. (Funktspruch.) Unter dem Verdacht, der Mord auf dem Arnswalder Platz, dem vor einigen Wochen das Dienstmädchen Stenglerki zum Opfer gefallen war, verübt zu haben, ist ein Schuppolyist festgenommen worden, der, wie jetzt festgestellt worden ist, dort in diesem Tage einen Mann mit Verhaftung drohte, nachdem er verurteilt hatte, sich an dem Mädchen zu vergewaltigen.

Schwere Mißhandlung eines Deutschen.

Berlin. Die Tägliche Rundschau meldet aus Sandau: Am 6. Februar 7 Uhr abends, wurde, wie erst jetzt bekannt wird, ein junger Mann aus der Umgebung von Sandau, als er nach Geschäftsschluß auf dem Wege zum Bahnhof war, von einem französischen Offizier ohne jede Veranlassung festgenommen und unter Bedrohung mit dem Revolver in das frühere jetzt von den Franzosen besetzte Bezirkskommando gebracht. Dort wurde er von dem Offizier etwa eine Viertelstunde lang in furchtbare Weise mißhandelt, sodas aus Mund, Nase und Ohren das Blut lief und seine Kleidung tief durchdränkte. Dieser wurde auf entsprechende Vorstellungen keine Antwort gegeben.

Kommunisten-Demonstration in Berlin.

Berlin. (Funktspruch.) Nach einer gestern abend abgehaltenen, von 500 Personen besuchten kommunistischen Versammlung bildete sich ein Zug von 100 Personen, der geschlossen abmarschieren wollte. Als Verkehrsbehinderung eintrat, schritt die Polizei zur Auflösung des Zuges. Es kam zu einem Handgemenge, in welchem 1 Polizist-Wachtmeister zu Boden geworfen und an der Hand leicht verletzt wurde. Der Täter und ein anderer Demonstrant wurden verhaftet.

Elementel über die französische Finanzlage.

Paris. Der Finanzminister Elementel hat gestern in der Kammer eine längere Rede über die französische Finanzlage gehalten. Er kündigte an, daß nach Verabschiedung des Budgets eine Anleihe von 100 Millionen Dollar in Amerika aufgelegt werden soll, deren Erträgnis zur Unterhaltung des französischen Frankens bestimmt sei. Außerdem sollen diejenigen Zahlungen der Steuerpflichtigen, die im Voraus bezahlt werden, mit 5 Prozent prämiiert werden. Der Minister verbreitete sich dann über das Nachlassen des Sparens in Frankreich.

Keine amerikanische Anleihe für Frankreich.

London. Wie der Schonger Telegraph aus Washington meldet, wird amtlich darauf hingewiesen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Frankreich keine Anleihe von 100 Millionen Dollar versprochen hat, um den Frankens zu stabilisieren.

Amerikanische Schadenerklärungsfrage.

Washington. Der Obmann der deutsch-amerikanischen Kommission gab als Entscheidung dieser Kommission an, Deutschland sei verpflichtet, die Schäden zu ersetzen, die den Angehörigen der bei der Verletzung der Lusitania ums Leben gekommenen erlitten haben. Die Kommission gab darauf bekannt, daß die Entschädigungsansprüche der amerikanischen Bürger die Summe von 704 000 Dollar ausmache.

Hochwertige Oelgemälde und Antiquitäten geflohen.

San Francisco (Kalifornien). Wie aus Hollywood gemeldet wird, wurden aus dem Landhaus Martin Weinwend, des Leiters der Martin Weinwend'schen Gesellschaft in Danzig, Oelgemälde und Antiquitäten im unermesslichen Werte von 1 Million Dollar gestohlen, als der Besitzer für kurze Zeit verreist war.



# Konfirmanden-Anzüge!

moderne Fassons und Stoffe von Mk. 17.50 an bis zum feinsten Kammgarn in enormer Auswahl empfiehlt  
**Franz Heinze, Hauptstrasse 28.**



**Waschmaschinen**  
**Bringmaschinen**  
**Wäschmangeln**  
 Sämtliche  
**Waschgefäße**  
**u. Geräte**  
 für die Wäschküche.  
**P. Zaupitz**  
 Parkstraße  
 (Nähe Amtsgericht).

**Achtung!**  
**Damenmäntel**  
 Kostüme, Kleider  
 Weiswaren, Tricotagen  
 empfiehlt besonders billig  
**Ida verw. Böhme**  
 Oröba, Rosenstraße 11.  
 Kein Laden.  
 Ein Versuch und Sie sind  
 dauernd Kunde.

**Räumungsangebot**  
 in Zwergobstbäumen  
 zu dementsprechenden  
 Preisen.  
**Aepel, Birnen**  
**Kirschen**  
**Edel-Pflaumen**  
 in gangbaren Sorten.  
**Gebr. Lutter, Brauflb.**



## Zur Einsegnung und Prüfung

empfehlen wir unser grosses Lager

### Wollkleider Voilekleider & Sammetkleider

schwarz — weiss — farbig  
 in wundervoller Verarbeitung

### Kleiderstoffe

Popeline	schwarz — weiss — farbig	Eolienne
Gabardine		Crepe de chine
Wollmusselin		Marocain
Cheviot		Sammet
Twill		Voile

Vorzügliche Qualitäten — Billigste Preise

# KAUFHAUS Proplowitz NACHF.

### Vereinsnachrichten

**Reichsbanner Schwarzrotgold.** Sonnabend 8 Uhr Kameradschaftsabend in der „Erholung“.  
**Freie Vereinigung ehem. 103er, Riesa u. Umg.** Morgen Sonnabend abends 8 Uhr im „Goldenen Löwen“ Monatsversamml. Zahl. Erschein. erw.  
**Geflügelzüchterverein Riesa und Umg.** Sonntag, 22. Febr., nachm. 3 Uhr findet die diesjährige Hauptversammlung statt. Tagesordn.: Jahresbericht, Kassenbericht, Neuwahl, Anträge, Versch.

### Gartenbauverein Riesa.

Sonntag, 22. d. M., nachm. 1/2 Uhr im kleinen Saale des Hotel Hüpfner Generalversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich.  
 Der Vorstand.

### Ebgl. Bund — Zweigl. Riesa und Umg.

Sonntag, 22. Febr. 1925, nachm. 6 Uhr kirchliche Feier in der Trinitatiskirche (Prediger Herr W. Segnis aus Jabeltin) und um 8 Uhr Nachfeier im Saale des Jugendheims (Hobe Str. 9) mit Vortrag des Herrn W. Jagich aus Stäbchen: „Luther als Herold deutscher Frömmigkeit“. Alle Evangelischen — Mann und Frau, alt und jung — sind herzlich dazu eingeladen.  
 Der Vorstand. W. Friedrich, B.

### Die geehrten Mitglieder werden hiermit zu der 18. ordentlichen Generalversammlung

für Sonntag, 1. März, nachm. 3 Uhr im Gasthaus Rüdell, Wf. Rüderau, eingeladen.  
 Tagesordnung: Geschäftsbericht, Jahresrechnung, Entlastung des Vorstandes, Neuwahlen, Verschied.

### Bezugs- u. Abfahrgenossenschaft Rüderau

e. G. m. b. H. M. Rüdell.

## Kokosstrick Raffiabast

empfehlen billigst — auch für Wiederverkäufer  
**Max Bergmann, Seilermeister.**

Allen denen, die uns am Tage unserer Silbernen Hochzeit so reichlich durch Geschenke und Gratulationen erfreuten, bringen wir hierdurch unseren

### herzlichsten Dank

entgegen.  
 Badrens, d. 11. Febr. 25  
 Bruno Thieme u. Frau.

### Freibant Riesa.

Sonnabend 9 Uhr Rindfleisch.

### Sonnabend, 21. Februar, auf zum Maskenball in Seerhausen.

**Einen Kursus in Einheitskurzschrift**  
 eröffnet der Stenogr.-Verein Riesa heute Freitag, 20. Februar, 8 Uhr in der Dandelschule.

### Praxis übt wieder aus Tierarzt Dr. Riebel, Lommatzsch.

## Sächsischer Hof

Sonnabend und Sonntag nachm. 4 Uhr

## KONZERT

### Achtung! Die Osterfeiertage nahest!

Damit jeder die Möglichkeit haben soll, seinen Bedarf in **Herren- und Damen-Bekleidung** einzudecken, liefern ich: Anzüge, Schlüfer, Summimäntel, verschiedene Hosen, Kostüme, Mäntel, Kleider, Zeitwäse, Inlett, Schuhe u. f. w. gegen nur

**1/4 Anzahlung : 1/4 Jahr Credit**

und sofortige Ausbändigung der Ware.  
 Trotz der geringen Anzahlung kein Preisausschlag. Daher darf niemand diese Gelegenheit veräumen. Damen-Garderobe wird auch nach Maß angefertigt nur bei

**J. Vöhring, Riesa, Klosterstr. 7**  
 1. Etage, gegenüber dem Amtsgericht.

### Militärverein Merzdorf und Umgegend.

Sonntag, den 22. Februar, findet das **25jährige Jubiläum**

bestehend in **Konzert und Ball**, ausgeführt von der Orpbenkapelle Riesa unter Leitung des Obermusikmeisters J. Simmler, im Gasthof zum Schwan, Merzdorf, statt. Hierzu werden alle Kameraden, Freunde und Gönner des Vereins herzlich eingeladen. Anfang 7 Uhr. Der Gesamtvorstand.



### Sächsische Landesbühne Riesa — Hotel Hüpfner.

Spielplan vom Donnerstag, den 5. März bis mit Montag, den 9. März 1925.

Donnerstag, den 5. März. 1. Vorst. Reihe A „Die Feinmädchen“ v. Sudermann.  
 Freitag, den 6. März. 1. Vorst. Reihe B „Die Fäulnisler“ v. Wildenbruch.  
 Sonnabend, den 7. März. 2. Vorst. Reihe A „Mein alter Herr“ v. F. u. W. Arnold.  
 Sonntag, den 8. März. 2. Vorst. Reihe B „Der Meisterbayer“ v. Schwarz u. Mathern.  
 Montag, den 9. März. 3. Vorst. Reihe A „Der Schwabenkrieg“ v. Schönbauer.  
 Beginn der Vorstellungen 8 Uhr.

An die Mitglieder der Sächsischen Landesbühne werden Retikarten zu Reihe A und B zu ermäßigten Preisen ausgegeben. Die Retikarten sind übertragbar und können beliebig weitergegeben werden.

**Ausstellung von Mitgliedskarten** für Einzelmitglieder in Joh. Hoffmanns Buchhandlung zu den üblichen Geschäftsstunden, für Mitglieder der körperschaftlich angeschlossenen Vereinigungen ebenda.

**Verkauf der Retikarten** ab Montag, den 23. Februar, bis mit Dienstag, den 3. März, in Joh. Hoffmanns Buchhandlung zu den üblichen Geschäftsstunden.

**Verkauf der Tageskarten** ab Mittwoch, den 4. März, in Joh. Hoffmanns Buchhandlung zu den üblichen Geschäftsstunden und an der Theaterkasse 1 Stunde vor Beginn der Vorstellung. Theaterzettel ebenda.



# Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung des gestrigen Berichts.)

19. Februar 1925.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung bekanntlich zunächst mit der furchtbaren Grubenkatastrophe auf der Zeche „Minister Stein“ bei Dortmund.

Von den Kommunisten, den Sozialdemokraten und dem Zentrum lagen Interpellationen und Anträge vor, in denen Hilfe für die Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe verlangt und Maßnahmen gefordert wurden, um die Wiederholung ähnlicher Katastrophen zu verhindern, soweit dies in Menschenkraft liege. Die Redner aller Parteien waren einig in der Forderung des tiefsten Mitgeföhls für die Opfer des Grubenunglücks und in der Forderung, daß alles getan werden müsse, um die Sicherheit im Bergbau zu erhöhen. Die Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und des für diese Dinge zuständigen preussischen Handelsministeriums versicherten, es werde alles getan, um den Hinterbliebenen zu helfen und die Betriebssicherheit zu erhöhen. Leider die letzten Ursachen der Katastrophe lasse sich ein endgültiges Urteil noch nicht abgeben, ein Verklunden irgend einer Verwaltungsstelle sei bisher nicht festgestellt worden. Auch von den Rednern aus dem Hause wurde nicht behauptet, daß auf der Zeche Sicherheitsvorschriften verletzt worden seien; die Redner des Zentrums, der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten meinten jedoch, die Eigenart des Bergwesens auf „Minister Stein“ und anderen Zechen führe zu einem Antreiber-System, bei dem die Sicherheitsvorschriften von den Bergarbeitern selbst nicht genügend beachtet würden.

Ein Antrag, der Mittel zur Verbesserung der Sicherheitsvorschriften in den Gruben fordert, wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Das Haus tritt darauf in die Besprechung der

## Interpellationen und Anträge

ein. Abg. Nufemann (Soa.) erklärt, es sei wünschenswert, daß man angesichts der großen Gefahren ihres Berufs in Zukunft den Bergleuten etwas mehr Entgelt zukommen lasse. Leider sei zu befürchten, daß das Mitgeföhls nur von kurzer Dauer sei und die notwendigen Maßnahmen in wenigen Wochen wieder vergessen sein werden. Der deutsche Bergbau habe täglich 2 Tote und 215 Verletzte, darum müsse weiteren Unfällen vorbeugt werden. Der Redner fordert Erweiterung der Rechte der Betriebsräte.

Abg. Winnefeld (Dsp.) gibt für die Fraktionen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei eine Erklärung ab, in der wärmste Anteilnahme für die Opfer zum Ausdruck gebracht wird. Den Rettungsmannschaften wird dankbare Anerkennung ausgesprochen. Ehe die Untersuchung nicht abgeschlossen sei, wolle man nicht Worte der Anklage oder Verteidigung aussprechen. Bedauerlich sei, wenn das Unglück parteipolitisch ausgenutzt werde. Es wird die alsbaldige Vorlegung eines Reichsberggesetzes, ausreichende Mitwirkung der Bergleuten an der Überwachung der Sicherheitsmaßnahmen und weiterer Ausbau der Berufsverbände zur Unfallverhütung gefordert.

Abg. Riegler (Dem.) verlangt wirksamere Schutz der Bergarbeiter. Schlagwetterexplosionen werden sich nie ganz vermeiden lassen. Notwendig sei vor allem, daß alle Vorschriften gewissenhaft befolgt werden. Gerade die Unfallkatastrophe „Minister Stein“ sei als Antreiberbeispiel bekannt. Sie habe im Dezember 1924 die Förderung auf das Anderthalbfache der Vorkriegszeit gesteigert.

Im Schlußwort spricht Abg. Schüss (Komm.) der Regierung und den Betriebsräten alle Schuld an dem Unglück bei. Der Bergbau sei reif zur Sozialisierung.

Damit sind die Interpellationen erledigt. Der sozialdemokratische Antrag auf Vereinfachung von weiteren Mitteln zu Verhütungsmassnahmen wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Angenommen wird der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung des Reichsberggesetzes und Mitwirkung der Betriebsräte im Bergbau bei der Unfallverhütung.

Entsprechend einem Schreiben des Landgerichts in Magdeburg wird die Genehmigung zur Vernehmung der Reichstagsabgeordneten Dittmann (Soa.), Scheidemann (Soa.), Dr. David (Soa.), Müller-Fraun (Soa.), Weis (Soa.), Fehrenbach (Str.), Giesberts (Str.) und Wallraf (Dn.) im zweiten Ebert-Prozess in Magdeburg erteilt.

Der Antrag auf Patentierung des Abgeordneten Urbahn (Komm.) wird abgelehnt, da Urbahn inzwischen in Hamburg verurteilt worden ist.

Zur Verhandlung steht dann ein kommunistischer Antrag auf Patentierung der Abgg. Ockert (Komm.) und Pfeiffer (Komm.), die in das Verfahren gegen die kommunistische Zentrale verwickelt sind, das nach dem Ticheta-Prozess in Leipzig zur Verhandlung kommen soll.

Abg. Dr. Nieker (Dsp.) beantragt als Berichterstatter Ablehnung der Verweisungsanträge. Unter fortgesetzten Zwischenrufen gibt Dr. Nieker atommäßige Feststellungen von den hochverräterischen Versuchen der Kommunisten. Der Bericht wirkt große Schlaglichter auf die innere Organisation der Kommunisten. Zahlreiche Terrorgruppen wurden gebildet. Die Verdächtigungen des Proletariats sollten aufgepeitscht, die Reichswehr und Polizei angezogen werden. Ein Schuss in Stettin habe Waffen und Munition geliefert und den Kommunisten übergeben. Auch in Deutschland bestände die Ticheta-Mordorganisation, um angebliche Verräter zu ermorden. Die beiden Abgeordneten seien über diese Dinge unterrichtet gewesen.

Abg. Dr. Weis (Str.) gibt im Namen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayer. Volkspartei eine Erklärung ab, wonach diese Parteien nach den Ausführungen des Berichterstatters auf jede weitere Erörterung verzichten. Die beiden beschuldigten Abgeordneten werden derart schwerer Verbrechen beschuldigt, daß die Wahrung ihrer Immunität in unmissbarem Widerspruch stehen würde zu der gebotenen Sicherheit von Staat und Gesellschaft, zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung und zum Schutze des Lebens der Staatsbürger. Aus diesen Gründen lehnen die genannten Parteien die Anträge auf Patentierung und Einstellung des gerichtlichen Verfahrens ab. (Weis b. d. bürgerl. Parteien. Großer Lärm und Wirrwarr b. d. Komm.)

Abg. Brodau (Dem.) erklärt für die Demokraten, daß auch sie dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zustimmen. Die Immunität dürfe nicht zu einer schematischen Praxis dahin führen, daß das Parlament die Strafverfolgung und Verhaftung eines Abgeordneten in allen Fällen ablehnt. Insbesondere sei das beim Doppeltattverbrechen nicht möglich. (Weis, Wirrwarr der Komm.)

Auch Abg. Penning (Nat.-Soa.) erklärt unter erneuten Protestandgedrungen der Komm., daß auch seine Fraktion sich dem Ausschussantrage anschliesse.

Abg. Münsenberg (Komm.) erhebt unter großer Unruhe Protest gegen die Haltung der bürgerlichen Parteien. Der Redner drückt aber nach demigen Sätzen seine Ausführungen ab und eilt nun der Tribüne. An keiner Stelle spricht



Deutscher Trauertag.

Trübe Erinnerungen an den Weltkrieg ruft der Anblick dieses Massengrabes wach, in dem die Opfer der Dortmunder Grubenkatastrophe beigesetzt wurden.

## 134 Opfer auf Zeche Minister Stein.

Dortmund. Wie die „Ill.“ hört, sind jetzt 134 Opfer der Katastrophe auf Minister Stein geborgen. Es fehlen noch zwei Leute, deren Verbleib infolge der schweren Bruchschäden der Grube noch nicht möglich war.

Dresden stellt 50000 Mark zur Verfügung.

Dresden. Die Stadtverordneten bewilligten in ihrer gestrigen Sitzung nach einer Fragerundeabebung für die Opfer des Dortmunder Grubenunglücks 50000 Mark für die Hinterbliebenen der Verunglückten.

Abg. Florin (Komm.) zum Rednerpult und erhebt Beschwerde über den großen Lärm im Hause, der es seinem Parteifreunde unmöglich mache, zu sprechen.

Präsident Loebe erwidert, daß zu dieser Beschwerde die Kommunisten gerade am wenigsten Anlaß hätten, denn sie hätten dauernd die übrigen Redner lärmend unterbrochen. Als Abg. Florin darauf mit einem Schimpfwort antwortet, wird er zur Ordnung gerufen.

Abg. Münsenberg (Komm.) ruft sich dann wieder auf der Tribüne ein und bekämpft den Antrag des Ausschusses. Er handelt sich hier um einen politischen Tendenzprozeß zur Verächtlichung der kommunistischen Partei. Der Ausschuss habe die unbewiesenen Behauptungen des Oberreichsanwalts ohne Prüfung als wahr übernommen, obwohl es sich hierbei nur um Spikelmateriale handele. Der Redner erklärt, die kommunistische Partei lehne keineswegs grundsätzlich jede Gewaltanwendung ab.

Abg. Wittmann (Soa.) lehnt es ab, auf die Ausführungen des Vorredners, die die Vertrieben eines Unzurechnungsfähigen seien, einzugehen. (Große Unruhe bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokratie lehne weiter die verbrecherischen Kampfmethoden ab und verurteile die Maßnahmen, die die Anklagebehörde der kommunistischen Partei unterstelle. Die Sozialdemokratie sei gegen Attentate, gegen Terror und gegen jede Gewaltanwendung im politischen Kampfe. Sie vertrete den Gedanken der organischen Entwicklung und bekämpfe den Kultus der Gewalt, der unser politisches Leben vergifte. Der Redner erklärt, seiner Partei sei das Menschenleben heilig. Sie wende sich gegen alle politische Gewalt, auch gegen die von der Rechten eingeschlehte politische Feme. Sie werde alle diejenigen fanatisch bekämpfen, die die Terrorakte verherrlichen, sowohl die Kommunisten als auch die Völkischen. Den Verweisungsanträgen stimmt der Redner zu.

Abg. Rosenbergs (Komm.) wehrt sich dagegen, daß man die Choleraabfällen und Toxinfutturen der kommunistischen Partei an die Modische hängen wolle. (Heiterkeit.) Als der Redner erklärt, die Sozialdemokratie sei durch die Vornat-Affäre stark belastet, ruft der Abg. Bernstein (Soa.) erregt: „Ehender Verleumder!“ Er wird dafür zur Ordnung gerufen.

Dann schließt die Aussprache.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt, vor der Abstimmung nach dem Justizminister und den Reichsstaatskanzler herbeizurufen, damit sie zu dem Spikelmateriale, das vorgebracht worden sei, Stellung nehmen könnten.

Der Antrag wird abgelehnt.

In einfacher Abstimmung werden dann die Anträge auf Freilassung der kommunistischen Abgg. Ockert und Pfeiffer gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. (Stürmische Entrüstung bei den Kommunisten.)

Das Haus vertagt sich auf Freitag 10 Uhr. Die Kundentschuldigungen. Schluß nach 7 Uhr.

## Stimmungsbild aus dem Preussischen Landtag

vom 19. Februar 1925.

Die Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung im Preussischen Landtag wurde eingeleitet durch einen kräftigen Ruf des kommunistischen Abgeordneten Bied nach Auflösung des Landtags. Kührgeklöbchungen, Varnatmandal, Ebert-Prozess schienen die heutige Korruption. Die neue preussische Regierung sei nur ein Ableger der Lutherregierung. Zur Sache selbst sprach dann zunächst der demokratische Abgeordnete Kall. Von Dr. Marx wissen wir, daß er der rechte Mann am rechten Plage ist, so sagte er, und die Oppositionspolitik der Deutschen Volkspartei ist schon deshalb unbedeutend, weil diese Partei nicht imstande ist, an die Stelle der gestürzten Regierung eine neue zu setzen. Für die wirtschaftliche Vereinigung erklärte Abg. Radendorff, daß keine Partei dem Kabinett Marx kein Vertrauen entgegenbringen könne, das für den Untergang des Mittelstandes in Stadt und Land die Schuld trage. Die Mitte und Linke des Hauses quittierte diese Äußerungen mit einem Sturm der Entrüstung. Nur zum Landwirtschaftsminister Dr. Steiger hat die wirtschaftliche Vereinigung Vertrauen, das sie in einem besonderen Antrag zum Ausdruck bringt. Für die Nationalsozialisten lehnte Abgeordneter Wiegand dieses Kabinett ab, wie seine Partei jedes ablehnen würde, in welchem eine Partei der Weimarer Koalition führend aufträte.

Dann sprach Ministerpräsident Marx und sagte zu, alles in der Regierungserklärung Versprochene durchzuführen, wozu der Landtag allerdings helfen müsse, denn auf ihn komme es an. Es sei Zeit, endlich an die Arbeit zu gehen zum Wohle des Vaterlandes.

Für die Deutschnationalen erklärte hierauf Abgeordneter Schlang. Er meinte, eine Volksgemeinschaft mit Parteien, die in der Weltanschauung sich wie Feuer und Wasser unterscheiden, sei nicht möglich. Unter dem fürmlichen Beifall der Rechten erklärte Abg. Schlang: Wir sind jeden Tag

bereit, unter der Parole: Für den Preussengeist gegen den Varnatgeist mit liegenden Fahnen noch einmal in den Wahlkampf zu ziehen. — Demgegenüber meinte Abg. Leisner (Soa.), daß die Interessierten mit dem Varnat über die Varnat-Affäre nur die Aufmerksamkeit von den Skandalen ablenken wollten, die heute und früher auf das Konto der rechtsgerichteten Kreise zu schreiben seien. Die Staatskirche sei nur zu vermeiden, wenn verhindert werde, daß die Deutschnationalen wieder an die Macht kommen.

Unter großer Unruhe der Rechten betont Abg. Dr. Schüring (Dsp.), daß die Rechtsparteien trotz des verhältnismäßig hohen Tones der Programmrede des Ministerpräsidenten die einzigen seien, die nach wie vor das Trennende, nicht das Einigende betonten. Das sei keine haushaltende Opposition. Wenn das neue Kabinett zu Fall gebracht werde, so würde nicht nur Preußen, sondern auch Deutschland den Schaden davon haben. Die Entscheidung liege bei der Deutschen Volkspartei, und es müsse sich zeigen, ob bei dieser Partei der haushaltende Gedanke oder die Parteireinigung den Sieg davon trage.

Der volksparteiliche Abg. v. Campe, der den Redner der Redner für heute beschlicht, tritt bereits schüchtern anerkennend zum Rednerpult und wendet sich in klarer Weise gegen die Äußerungen des sozialdemokratischen und des zentralistischen Redners. Im Hause herrscht zeitweise ein ungeheurer Lärm, den auch die Klänge des Präsidenten nicht beschwichtigen kann. Schließlich verlassen die Sozialdemokraten, Demokraten und ein Teil der Zentrumsmitglieder den Sitzungssaal.

Abg. v. Campe verteidigt dann die Haltung der Deutschen Volkspartei und wendet sich gegen das neue Kabinett Marx, das eine so schwache parlamentarische Basis habe, daß man es überhaupt nicht als parlamentarisches Kabinett betrachten könne.

## Vor der entscheidenden Abstimmung in Preußen.

Berlin, 20. Februar. Wie wir erfahren, werden sämtliche Oppositionsparteien im Preussischen Landtag bei den Anträgen über die Vertrauens- und die Mißtrauensfrage geschlossen gegen die Regierung Marx stimmen. Das Ergebnis dieser Abstimmungen ist völlig vom Zufall abhängig, denn es handelt sich dabei um ganz verzeigte Stimmen, die den Ausschlag geben können. Das Zentrum, das in letzter Stunde eine Beratung abgehalten hat, um zu dem volksparteilichen Vorschlag einer Neubildung der preussischen Regierung unter Marx Stellung zu nehmen, gibt offiziell bekannt, daß es im Falle eines Sturzes der Regierung von einer Wiederaufstellung Marx' Abstand nehmen würde, und daß es nicht daran denkt, mit denselben Parteien, die jetzt das Kabinett Marx zu Fall bringen wollen, in eine Regierung zu treten. Wenn es der Opposition gelang, Marx zu stürzen, so müßte sie ohne Mitwirkung des Zentrums versuchen, eine Lösung der Regierungskrise zu finden.

## Zur Vertrauensfrage in Preußen.

Die Mißtrauens- und Vertrauensanträge.

Berlin. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei haben im preussischen Landtag zu der Besprechung des Ministerpräsidenten vom Mittwoch den folgenden Mißtrauensantrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag hat nach Art. 57 Abs. 1 Satz 1 der preussischen Verfassung jeden einzelnen Minister zu dessen Amtsführung das Vertrauen des Volkes auszusprechen. Der Landtag beschließt dieses Vertrauen nicht 1. dem Minister des Innern, Geering; 2. dem Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, Weder; 3. dem Minister für Handel und Gewerbe, Fr. Schreiber; 4. dem Finanzminister Dr. Dopfer-Nisch; 5. dem Minister für Volkswirtschaft, Dietrich; 6. dem Minister für Landwirtschaft, Steiner und 7. dem Justizminister Dr. Am Juchacz.

Die Fraktion der Nationalsozialisten hat den folgenden Vertrauensantrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag spricht das zur Ausführung des Kabinetts erforderliche Vertrauen aus 1. dem Innenminister Geering; 2. dem Kultusminister Weder; 3. dem Finanzminister Dr. Dopfer-Nisch; 4. dem Handelsminister Dr. Schreiber; 5. dem Volksfahrtsminister Dr. Dietrich; 6. dem Landwirtschaftsminister Steiner und 7. dem Justizminister Dr. Am Juchacz. Den Anträgen haben auch Mitglieder der Deutschnationalen unterzeichnet.

Der Antrag der Kommunisten zur Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten lautet: Der Landtag wolle beschließen: Dem Staatsministerium wird das Vertrauen versagt, dessen es nach Art. 57 Abs. 1 der Verfassung zur Geschäftsführung bedarf. Berlin, 19. Februar.

## Unterbrechung der Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

\* Frankfurt. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Paris: Staatssekretär Trendelenburg hatte gestern eine mehrstündige Unterredung mit dem französischen Handelsminister Renaudy. Es wurde die Möglichkeit einer kurzfristigen Unterbrechung der Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich erwogen. Die Unterredung wird heute vormittag fortgesetzt werden. Es wird bei dieser Gelegenheit auch darüber die Entscheidung fallen, ob für den Fall der Unterbrechung die Dauer des geplanten Handelsvertragsprovisoriums, die bis zum 1. Dezember 25 vorgezogen war, verlängert werden soll. Falls es zu einer Unterbrechung kommt, wird die deutsche Delegation morgen abend nach Berlin zurückkehren. Trendelenburg will die Zeit der Unterbrechung, die sich nach deutscher Auffassung auf etwa 3 Wochen erstrecken dürfte, zu einer eingehenden Aussprache mit den Berliner Regierungskreisen benutzen.

## Schiedspruch in der rheinischen Metallindustrie.

Dortmund. (Zuspruch.) In der Gesamtsitzung der Metallindustrie der nordwestlichen Gruppe (Lohn und Arbeitszeit) wurde folgender Schiedspruch gefällt: 1. Der Tarifspitzenlohn beträgt für Hilfsarbeiter 52 Wfa. für Hauptarbeiter (Schloffer) 66 Wfa. die Stunde. 2. Der Einheitslohn liegt für alle Gruppen unter dem Spitzenlohn der jeweiligen Berufs- und Altersgruppe. Als Einstellungszeit gelten 4 Wochen. 3. Orts- und Beamtenarbeiter erhalten zu den bisher bestehenden festen Zuschlägen einen Zuschlag von 4 Wfa. pro Stunde. 4. Das Hausstandsgeld beträgt 1 Wfa. das Kindergeld 2 Wfa. die Stunde. 5. Arbeiterinnen erhalten 70 Prozent des Lohnes ihrer männlichen Berufs- und Arbeitsgruppen. 6. Die Lohnsätze der jüngeren Altersgruppen sowie der Lehrlinge verändern sich in dem Verhältnis, wie diese bisher zu dem Spitzenlohn standen. — Diese Regelung gilt ab 1. März 1925 und kann mit monatlicher Frist erkmallig zum 1. Juli 1925 gekündigt werden. — Das bisher bestehende Arbeitszeitabkommen wird bis einschließlich 15. März 1925 verlängert. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 26. Februar. Der Metallarbeiterverband nimmt bereits heute zu den Schiedsprüchen in Mitglieder-vereinsungen Stellung.



## Die Beziehungen des Reichspräsidenten zu Barmat.

von Berlin. Der Untersuchungsbericht des Reichspräsidenten für Barmat, Antisemit usw. letzte gestern seine Bestimmungen fort.

In einem Schreiben an den Ausschuss erklärt der ehemalige Preussische Ministerpräsident Dirck, daß er sich weder schriftlich noch mündlich für die Barmats verwendet habe. Ebenso teilt der Oberpräsident von Hannover, Koske, mit, daß er bis zum heutigen Tage keinen der Barmats gesehen habe.

Die Deutsche Gesellschaft im Haag hat aus ihren Akten festgestellt, daß Julius Barmat am 20. Mai 1919 ein Dauervisum auf drei Monate erhalten habe. Das Telegramm Barmats an Bels datiert vom 15. Mai 1919; der Bleistiftvermerk des Reichspräsidenten ist mit dem Telegramm erst am 20. Mai in das Privatbüro des Reichspräsidenten gelangt, also zu einem Zeitpunkt, als Barmat das Dauervisum bereits hatte.

Unter Eid wird hierauf Staatssekretär Dr. Meißner vernommen, der ausführt, daß er, abgesehen von einer zufälligen Begegnung, mit Julius Barmat selbst niemals Beziehungen zu den Barmats gehabt habe und daß er sich im übrigen nur auf die Akten stützen könne. Der Reichspräsident habe Barmat im Mai 1919 aus politischen Gründen zweimal empfangen. Am 4. Mai empfing der Reichspräsident Julius Barmat mit einigen deutschen Sozialdemokraten zwecks Entgegennahme eines vertraulichen Briefes, der Julius Barmat zur persönlichen Uebergabe von einem ausländischen Politiker übergeben worden war. Die Herren blieben im Anschluß daran zum Abendessen beim Reichspräsidenten. Einige Tage später empfing der Reichspräsident nochmals Julius Barmat und übergab ihm den Antwortbrief zur Uebermittlung an den ausländischen Herrn. Seit etwa dem 10. Mai 1919 habe der Reichspräsident weder Julius Barmat noch einen Angehörigen dieser Familie wieder gesehen oder sonst mittelbare Beziehungen zu ihnen gehabt. Ein Liebesgabenpaket, das Herr Barmat einmal an Frau Ebert geschickt hat, habe Frau Ebert zurückgegeben lassen. Die beiden Empfänger Barmats lagen zwischen dem 4. und 8. Mai. Am 9. Mai beging der Reichspräsident seine silberne Hochzeit. Barmat hat entweder hierzu oder als Dank für die Einladung zum Abendessen eine Aufmerksamkeit überreicht, einen Blumenstrauß oder Blumenkorb und hierfür hat ihm der Reichspräsident mit einer Karte gedankt, wie dies auch in vielen anderen Fällen an andere Persönlichkeiten geschehen ist.

Staatssekretär Meißner gibt hierauf eine eingehende Darstellung über das Telegramm Barmats an den Reichspräsidenten: „Ausdrücklich hat doch zugelaugt, daß Barmat ein Dauervisum auf drei Monate erhalten soll, wünsche, daß Gesellschaft nochmals erlucht wird.“ Diese Darstellung gibt im wesentlichen das noch einmal wieder, was Staatssekretär Meißner bereits ausführlich vor dem Untersuchungsausschuss des Reichspräsidenten ausgesagt hat. In den Telefongesprächen, die Barmat vom Büro des Reichspräsidenten aus geführt hat, erklärt Staatssekretär Meißner, daß der Reichspräsident diese Eigenmächtigkeit des Abg. Krüger, der damals im Büro des Reichspräsidenten beschäftigt war, für unzulässig erklärte, und für die Zukunft solche Telefongespräche unterlagte. Bei Durchsicht der Akten des Reichspräsidenten, der Meißner, noch feststellen können, daß Krüger auch ein Grenzempfehlungsschreiben für einen gewissen Kahn, einen Verwandten Barmats, ausgestellt habe, und daß er im Juli 1919 unter Mißbrauch der Bezeichnung „der Reichspräsident, im Auftrag“ für Angehörige Barmats schriftlich ein Entreevisum beim Generalkonsulat in Amsterdam beantragt hat. Staatssekretär Meißner erklärt, daß es keinem Zweifel unterliegen könne, daß diese Demarchen Krügers persönliche Eigenmächtigkeiten waren.

Auf eine Frage des Vorsitzenden Säger, ob in dem Vermerk des Reichspräsidenten ein Druck auf das A. N. zu erblicken sei, erklärt Zeuge Meißner, daß er nach seiner Kenntnis der Praxis des Reichspräsidenten, daß Reichspräsident Ebert habe nichts davon gemerkt, daß sein Sohn in die Bremer Privatbank Barmats eingetreten sei und diesen Eintritt nicht gewünscht.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Rosenbergs (Rom.) erklärt Staatssekretär Meißner, daß von dem Brauch, über ausländische Personen Auskünfte einzuholen, wenn sie den Wunsch hätten mit höheren Stellen in Verbindung zu treten, öfters dann abgesehen worden sei, wenn für diese Persönlichkeiten Einführungen prominenter deutscher Personen vorzulegen hätten.

Auf eine entsprechende Frage des Abg. Schred (Soc.) erwidert Meißner, daß einer der Gründe für die spätere Abweisung des Reichspräsidenten ohne Zweifel in dem Umstand zu suchen sei, daß Barmat ein Liebesgabenpaket an die Gattin des Reichspräsidenten geschickt habe, das von Frau Ebert allerdings zurückgegeben wurde. — Daß Barmat über Interneta des A. N. soweit sie sich insbesondere auf Auskünfte über seine Person beziehen, unterrichtet worden sei, hält Meißner für ausgeschlossen. Wahrscheinlich für die Abweisung des Dauervisums an Barmat, seien die Absicht Barmats, ein deutschfreundliches Blatt in Holland zu gründen, und auch Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen, gewesen.

Hierauf wird der frühere Unterstaatssekretär, jetzige Inhaber einer Fabrik bei Stettin, Töpfer, vernommen, der vom Dezember 1918 bis Ende Juni 1919 Hauptbearbeiter der wirtschaftlichen Fragen im Reichspräsidenten war. Er hat sich alle auf Barmat bezüglichen und ihn berührenden Angelegenheiten erst jetzt aus den Akten zusammensuchen und formulieren müssen, weil in seiner Erinnerung über diese Angelegenheiten nichts mehr vorhanden war. Barmat war Töpfer als Lebensmittellieferant bekannt geworden und da damals in Deutschland Lebensmittelnot herrschte und Barmat außerdem ein deutschfreundliches Blatt in Holland gründen wollte, habe sich Töpfer für die Erteilung eines Dauervisums für Barmat eingesetzt.

Zeuge Töpfer erinnert sich, daß Barmat sich ihm gegenüber auf seine Beziehungen zum Reichspräsidenten mehrfach berufen hat. Intimer Beziehungen zum Reichspräsidenten hat sich Barmat Töpfer gegenüber nicht gerühmt. Von freundschaftlichen Beziehungen des Reichspräsidenten an Barmat war selbstverständlich nie die Rede. Im übrigen kann sich der Zeuge auf Einzelheiten nicht besinnen, erklärt aber, daß er sich seine Handlungsweise reiflich überlegt habe und die Verantwortung für seine Taten übernehmen könne.

Ein vom Abg. Dewitz (Dnat.) erwählter Bericht des Chefs der Admiralität vom 10. April 1918, in dem Barmat als Kriegssattelschwinder bezeichnet wurde, ist dem Zeugen Töpfer nicht bekannt geworden.

In einer Zwischenbemerkung wendet sich der Vorsitzende an den Zeugen Staatssekretär Meißner mit der Frage, ob Barmat sich ihm gegenüber seiner guten Beziehungen zum Reichspräsidenten rühmend gerühmt habe. Meißner erklärt, daß er gelegentlich einmal mit Barmat zusammengekommen sei und daß Barmat ihm damals gesagt habe, „mit dem Reichspräsidenten Richter bin ich gut bekannt, er ist mein bester Freund.“

Nachdem der Ausschuss noch grundsätzlich beschlossen hat, die ehemalige Sekretärin des Abg. Krüger, Fräulein Endruat, jetzt Frau Witz, zu vernehmen, wird die Weiterverhandlung auf Freitag vormittag 10 Uhr vertagt. Dann soll zum nächsten Mal die Beschlüsse vernommen werden.

## Kontrollschiebungen.

Nachdem mit Mühe und Not nachträglich versucht worden ist, eine Note zusammenzubauen, um den vorher aus ganz anderen Gründen beschlossenen Vertragsbruch in der Räumungsfrage nachträglich zu maskieren und nachdem die im einzelnen ja bereits bekannten Verflechtungspunkte aneinander gereiht worden sind, besteht zwischen London und Paris noch sehr weitgehende Meinungsverschiedenheit einmal über die Form, in welcher man die Kontrollnote fertigstellen und Deutschland vorlegen will und weiterhin über die Forderungen, die man an diese Note anknüpfen will. Frankreich, das nach Ansicht derer, die in Deutschland nicht alle werden, ja einen Versöhnungskurs heuert und täglich neue Schandurteile über deutsche Deeresangehörige zur Befestigung der ja in ständigem Wachsen begriffenen deutsch-französischen Freundschaft in die Welt hinaus schiebt, ist natürlich wie immer für die Form eines Diktates und für die Vorenthaltung jeglicher Gegenversprechungen. In England wünscht man Festsetzung eines Zeitpunktes, bis zu welchem Deutschland seine angeleglichen Verflechtungen beseitigen soll, gleichzeitig aber auch die Festsetzung der damit in Verbindung zu bringenden Räumung der Röhner Zone. In Frankreich, zum Teil auch in England will man nach wie vor die Räumungsfrage, die ja vertraglich genau geregelt ist, mit der sachlich völlig ungeklärten Sicherheitsfrage in Verbindung bringen. Die in Köln abgegebenen Erklärungen des deutschen Reichskanzlers überdort man gestillt. Sollten die französischen Nachschafften Erfolg haben, so ist es Sache unserer außenpolitischen Leitung, in unmissverständlicher Sachlichkeit die Kernpunkte der mit der Richtungsänderung zusammenhängenden Fragen nochmals herauszuarbeiten. Dann wird man ja wohl auf den deutschen Standpunkt wenigstens eingehen müssen. Daß sich die französischen Wünsche in Richtung einer ultimativen Formulierung durchsetzen, ist ja trotz der eigenartigen Haltung der englischen Regierung in den letzten Monaten hoffentlich doch nicht anzunehmen.

## Der Frankensturz.

Aus Paris wird uns geschrieben: Es gehört auch zur französischen Tradition, die Schuld für die Fehler der eigenen Politik auf andere aufzubürden. Als vor zwei Jahren, nachdem die französischen Clairs aus im Ruhrgebiet schmetterten, der Franken ins Gleiten kam, war es nach Volcaire's Behauptung Deutschland, das die Reichsbank und die Großbanken beauftragt haben sollte, einen Angriff auf den Franken zu versuchen. Dieser Vorwurf wurde auch vor einem Jahr erhoben, als der Franken wieder ins Wanken kam, bis er Ende Febr. 1924 den Tiefstand erreicht hatte. Die Anleiheoperationen in London und New York brachten eine Besserung, die aber von allen Sachverständigen sofort als problematisch bezeichnet wurde. Wenn es auch gelang, den Stand des Franken etwas höher zu halten als den des belgischen Franken und des Lire, die Kaufkraftwertung des französischen Franken Schritt darum doch ununterbrochen weiter. Das ist klar an den Indexfiguren der Warenpreise abzulesen, die sich von Monat zu Monat gleichmäßig höher bewegten, um innerhalb Jahresfrist, von 444 im Monat Januar etwa 510 im Monat Dezember 1924 zu erreichen. Dabei hat sich Frankreichs Außenhandel im vorigen Jahre außerordentlich günstig entwickelt. Auch der Monat Januar 1925 hat keinen Rückschlag gebracht, denn im Verhältnis zum Monat Januar 1924 sind fast 600 000 Tonnen im Wert von einer Milliarde Franken mehr ausgeführt worden. Der Außenhandel ist also weiter stark aktiv, jedoch von dieser Seite eine Belastung der Zahlungsbilanz, die auch den Frankensturz drücken könnte, nicht in Frage kommt. Es sind besonders Fertigfabrikate, die Frankreich ausgeführt hat, während es umkehrt die Einfuhr von Fertigfabrikaten senken konnte. Frankreich steigert seine Produktion mit aller Kraft, wobei die Industrie sich wenig oder garnicht um die Bestimmungen über die Arbeitszeit kümmert. Gerade die Produktionsziffern der Eisenindustrie zeigen eine ständige Aufwärtsbewegung. Was Frankreich in der Hauptsache fürchtet, das ist der deutsche Wettbewerb auf den Auslandsmärkten, den es bisher durch ein scharfes Unterbieten der deutschen Preisofferten aus dem Felde zu schlagen suchte. Es hat große Aufregung in Frankreich hervorgerufen, daß neuerdings auch die deutsche Industrie bei Auslandsaufträgen selbst die französischen Preise unterbot, so daß die Aufträge nach Deutschland gingen. Die französische Schwerindustrie ist deshalb auch entschlossen, auf Umwegen in die deutsche Produktion einzugreifen. Es soll der äußerste Druck auf Deutschland ausgeübt werden, um das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren, da hieron eine solche Erhöhung der deutschen Produktionskosten erwartet wird, so daß sich, wie der terminus technicus lautet, der französische Außenhandel weiter befriedigend entwickeln kann. In den Erörterungen der französischen Fachpresse über den neuen Frankensturz spielen diese erwaagten Argumente schon eine erhebliche Rolle. Die Aufmerksamkeit der Franzosen soll davon abgelenkt werden, daß es innerfranzösische Ursachen sind, die den Frankensturz herbeigeführt haben. Es sei daran erinnert, daß die Sachverständigen schon im vorigen Frühjahr den Stabilisierungskurs mit 67 Franken für das Pfund Sterling als zu hoch bezeichneten. Die Gewalt der Tatsachen hat sich denn auch durchgesetzt und den Franken auf 91 herabgedrückt. Perriot will nun den weiteren Sturz dadurch aufhalten, daß vor allem das Budget ins Gleichgewicht gebracht wird. Das Mittel der Valutaanleihe, das Volcaire wiederholt anmahnt, um der Steuerlast der Franzosen Rechnung zu tragen, hat sich als tragwürdig herausgestellt. Es schafft zwar vorübergehend Abhilfe, läßt die Valutakrise mit Sicherheit aber wieder herantommen. Wie will Perriot das Budget in Ordnung bringen, ohne die Steuerlast zu erhöhen als bisher anzulegen? Der Finanzminister Clement glaubt sogar, den Frankensturz dadurch stützen zu können, daß er das Umlaufgebiet des Franken einengt. So sollen das Saargebiet und Madagaskar eine besondere Papiergeldwährung erhalten, was aber kaum zur Entung des Notenumlaufs von über 40 Milliarden Franken führen wird.

## Aufwertungen und Ausland.

Von Dr. Ferdinand Aunders.

Unter den Argumenten der Verfechter einer erhöhten Aufwertung steht in erster Reihe die Verunsicherung auf den Einbruch, den eine erhöhte Aufwertung im Ausland machen würde. Es würde nämlich, so wird gesagt, eine erhöhte Aufwertung dem Ausland das Vertrauen an eine Stabilität der deutschen Währungsgebung zurückgeben, und nur auf diese Weise würde sich das Ausland veranlassen fühlen, der deutschen Volkswirtschaft in größerem Maße mit Krediten hilfreich unter die Arme zu greifen. Diese Ueberlegung ist jedoch irrig. Ohne sonst auf die Aufwertungsfrage einzugehen zu wollen, möchten wir in diesem Punkte vor falschen Schlussfolgerungen warnen, die besonders nachteilige Konsequenzen haben könnten.

Gerade wenn man die Kreditinteressen der deutschen Wirtschaft berücksichtigt, zeigt sich die Gefahr, die im Zuge erhöhter Aufwertungsbestrebungen ruht. Die ganze Wirtschaft, vor allem Landwirtschaft und Industrie, streift nach Krediten, damit die Produktion gesteigert werden kann. Das Ausland aber, auf das wir hierbei unbestreitbar angewiesen sind, würde aus jeder hochprozentigen Wertaufwertung der privaten Verpflichtungen schließen, daß der Substanzwert der Krediturkunden, soweit er nicht überhaupt un-

bestimmbar wird, weiter eng zusammengekrummt. Die Schwächung der Kreditkraft würde die bestehenden Schwierigkeiten noch beträchtlich verschärfen, denn bei allen Kreditverhandlungen spielt die Bedrohung der finanziellen Untergründung eines Unternehmens die entscheidende Rolle. Der internationale Geschäftsmann will Sicherheit für seine Anlagen, erhält er sie nicht, dann verzichtet er auf das Geschäft. Als ein weiteres sehr entscheidendes Moment kommt hinzu, daß mit einer höheren Aufwertung den alliierten Regierungen ein gefährlicher Einwand gegen Währungsbestrebungen in Bezug auf die Reparationsverpflichtungen in die Hand gegeben ist. Die Bitter des Dawes-Planes beruhen teilweise ausdrücklich auf der Erwägung, daß Deutschlands innere Schulden getilgt sind. Wenn die deutsche Währungsgebung erhöhte Aufwertungsverpflichtungen anordnet, dann wird jeder später notwendig werdende Antrag auf Herabsetzung drückender Leistungen mit der Begründung zurückgewiesen werden, daß Deutschland die Schwierigkeiten seiner Finanzlage selbst durch seine Aufwertungsbestrebungen verschuldet habe. Diese Zusammenhänge — so tragisch sie für den Vaterlandsfreund sind — bedürfen der Beachtung, damit nicht überhastete Schritte zu höchst unliebsamen, den angestrebten Wiederaufschwung hemmenden Folgererscheinungen führen.

## Volks- und Berufsählung betr.

von Berlin. Im Reichsrat widmete am Donnerstag Minister Schiele den Votern des Vergewaltigung eines warm empfundenen Nachruf, den die Reichsratsmitglieder stehend anhörrten.

Angenommen wurde ein Gesetzentwurf über eine Volks- und Berufsählung, die im Laufe des Jahres 1925 stattfinden soll. Im allgemeinen entsprechen die Bestimmungen des Gesetzes dem Verfahren der früheren Volksählungen. Neu ist, daß das Amt des Wählers als ein Ehrenamt im Sinne des Artikels 132 der Reichsverfassung gilt. Die Kosten der Aufarbeitung des bei der Aählung gewonnenen Materials soll nach dem Reichsratsbeschlusse das Reich tragen, während die Regierungsvorlage sie den Ländern auferlegen wollte. Die Regierung bezieht sich eine besondere Vorlage in dieser Richtung an den Reichstag vor.

## Die britische Luftflotte.

London. (Unterhaus.) In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Doore, die Stärke der Luftflotte der Marine und des Heeres und der Kolonialtruppen Frankreichs belaufe sich nach den letzten vorliegenden Informationen auf ungefähr 140 Geschwader zu 9 Flugzeugen. Diese Zahl umfasse nicht die in Bildung befindlichen neuen Geschwader. Die Zahl der in Europa stationierten betrage 110. Ueber die Zahl der in Europa stationierten liegen keine Nachrichten vor. Die Zahl der in Europa stationierten betrage 30 zu je 12. Angaben über die Anzahl der vorhandenen Biplaner und die Zahl der in der Marine aufgestellten betrage 30 zu je 12. Angaben über die Anzahl der vorhandenen Biplaner und die Zahl der in der Marine aufgestellten betrage 30 zu je 12. Angaben über die Anzahl der vorhandenen Biplaner und die Zahl der in der Marine aufgestellten betrage 30 zu je 12. Angaben über die Anzahl der vorhandenen Biplaner und die Zahl der in der Marine aufgestellten betrage 30 zu je 12.

## Der deutsch-rumänische Konflikt.

Blättermeldungen aus Bukarest zufolge wurde in der getrigen Ministertagung beschlossen, über den Konflikt mit Deutschland ein Grünbuch herauszugeben, das alle auf diesen Streitfall bezügliche Dokumente enthalten soll. Ferner wird berichtet, die rumänische Regierung werde zu keinen Ausweisungen von Deutschen, sondern zu wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen greifen. Die Rede Dr. Stresemanns im Reichstagsauschuss werde Finanzminister Bratianu in der nächsten Sitzung der Kammer beantworten.

## Politische Tagesübersicht.

Eine neue Rede des Reichskanzlers. Reichskanzler Dr. Luther wird, wie wir hören, am Montag vor einer Veranstaltung des Reichsverbandes der Deutschen Presse sprechen. Dr. Luther gedenkt namentlich auf die außenpolitischen Fragen und besonders auf die Überlieferung des Berichtes der Militärkontrollkommission einzugehen. Seiner Rede kommt insofern große Bedeutung zu, als sie eine Fortführung der von deutscher Seite angelegenen Diskussion über die Räumungs- und Sicherheitsfrage darstellen wird.

Abreise des rumänischen Gesandten aus Berlin. In den Berliner diplomatischen Kreisen verlautet, daß der rumänische Gesandte heute Freitag Berlin verlassen wird. Ob seine Abreise mit der geplanten Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen durch die rumänische Regierung im Zusammenhang steht, läßt sich zur Stunde nicht feststellen. Wie wir hören, hat neuerdings eine Unterredung zwischen dem Außenminister Stresemann und dem rumänischen diplomatischen Vertreter stattgefunden, über deren Verlauf jedoch Schweigen gewahrt wird.

Die geplante neue Abrüstungskonferenz. Die New Yorker Zeitungen bringen in großer Aufmachung die Londoner und Washingtoner Meldungen über die geplante Abrüstungskonferenz. New York Times bringt längere Ausführungen unter der Ueberschrift: „Frankreichs Wirtschaftsfrage veranlaßt es, möglicherweise drastische Maßnahmen bei der Streichung seiner Notenausgaben vorzunehmen.“ Meldungen der Associated Press besagen, daß Washingtoner Kreise annehmen, der Frankensturz werde Frankreich wohl veranlassen, in der Frage der Notenausgaben anderen Mächten eher Gehör zu schenken. Gegenüber diesen Meldungen spielen die Pariser und Londoner Nachrichten über Deutschlands Abrüstung eine untergeordnete Rolle.

Reorganisierung der spanischen Fremdenlegion. Das Kriegsministerium veröffentlicht den Plan einer Reorganisation der Fremdenlegion. Sie besteht künftig aus 2 Divisionen zu je 4 Bataillonen mit insgesamt 8000 Mann. Ihr wird eine neue gebildete Schwadron Kavallerie angegliedert.

Deutsche Bergerei in der polnischen Arme. Die jungen Polen scheinen keine allzu große Sehnsucht zu haben, die Uniform ihrer glorreichen Arme tragen zu dürfen. Nachdem bereits vor einiger Zeit in Warschau große Unregelmäßigkeiten bei der Rekrutenausbildung entdeckt worden waren, sind nunmehr in Krakau sensationelle Verflechtungen beim Aushebungsgeschäft zutage gekommen. Eine große Anzahl Militärbeamte, Kerle und Offiziere wurde beschuldigt, Wehrpflichtige durch falsche Zeugnisse vom Militärdienst befreit zu haben. Nach neuerlichen Nachrichten sollen auch einige Krakauer Rechtsanwältinnen als Vermittler in die Affäre

## Spröde und rote Haut

Auslöschung der Hände und des Gesichts, Mundleiden und unruhigen Zehntel Leokrem Dieses bewährte Hausmittel pflegen Sie zu erhalten Sie können, wo Sie die bekannte Chiacoboni-Schwabe haben.



verwendet sein. Unter Umständen wird beachtet, in wie fern eine nochmalige Untersuchung der Fahrdränge 1901, 1902 und 1903 anzuordnen, um die Mißbräuche gründlich aufzuklären.

**Militarisierung der Hochschulen.** Die „Kriegswehr“ meldet: Um die Verklärung der Präsenzenfähigkeit auf andere Weise herbeizuführen, will die Militärverwaltung Einrichtungen schaffen, daß die Rekruten bereits mit einer gewissen militärischen Vorbildung in die Armeekorps kommen. Es handelt sich um die Organisation einer vormilitärischen Erziehung. Die Ausbildung soll teils in den Schulen, teils in Vereinen, teils in Ausbildungsanstalten und Zentren erfolgen, die der Staat verwirklicht. Die Erfolge der vormilitärischen Erziehung sollen durch Prüfungen festgestellt werden (besondere Zeugnisse), die zu gewissen Beförderungen im Militärdienst berechtigen. Zur Lösung der Fragen der vormilitärischen Erziehung soll die Generalkommission für die Wehrvorbereitung der Jugend ins Leben gerufen werden. Darüber, ob die Teilnahme an

der vormilitärischen Erziehung obligatorisch oder freiwillig sein soll, ist bisher die Entscheidung noch nicht gefallen. Parallel mit dem Gesetzentwurf über die vormilitärische Erziehung wird eine Reihe ähnlicher Maßnahmen vorbereitet. Es wird an Hilfsbüchern gearbeitet, die die vormilitärische Ausbildung den Vereinen oder anderen Mittelpunkten erleichtern würden, die an dieser Ausbildung mitwirken wollen. Außer mit Vereinseinrichtungen rechnet man hauptsächlich mit der Mithilfe der Lehrerschaft. Es wird beabsichtigt, die turnerische Ausbildung der Lehrer durch geeignete Mittel zu ergänzen.

Im Lokalkreis des rheinisch-westfälischen Elektro-Gewerbes wurde ein Schiedspruch gefällt, der ab 15. Februar einen tariflichen Spitzenlohn von 75 Pfennig, ab 1. März 78 Pfennig für die Stunde vorsieht. Die übrigen Lohnsätze für die Berufs- und Altersgruppen sowie die Aufschlagsätze nach dem zwischen den Parteien vereinbarten Schlüssel. Diese Regelung kann mit Monatsfrist erstmalig zum 1. Mai

1925 gekündigt werden. Die Erklärungfrist läuft bis einschließlich 24. Februar 1925.

Der Tarif für das Buchdruckgewerbe. Bei der vom Verband der Deutschen Buchdrucker vorgenommenen Urabstimmung über den neuen Manteltarif für das Buchdruckgewerbe wurden für die Annahme des Tarifs 32 156, für die Ablehnung 24 410 Stimmen abgegeben. Der bereits am 31. Januar provisorisch in Kraft getretene Tarif ist damit laut „Vorwärts“ von beiden Seiten angenommen worden.

## Gusten / Heiserkeit

werden Ihnen unbefannte Krankheiten beim Gebrauch der **Sagitta-Pulver-Candouls**, die Sie in allen Apotheken erhalten können. **Stets vorrätig: Stadtabothek Riesa.**

## Mitteilungen

**Sonnabend, den 21. Februar 1925**  
norm. 10 Uhr, sollen im Verteilungsraum des hiesigen Amtsgerichts 1 weiße und 1 graue Küchen-einrichtung, bestehend je aus Küchenschüssel, Küchenschüssel, Handtuchhalter, Küchentisch, Küchenschrank und Küchensühle, versteigert werden.  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

### Die Unterhaltungs-Genossenschaft für die Elbe im III. Strombezirk

hält Mittwoch, den 25. Februar 1925, 9 Uhr vormittags, in Reichen, im „Waldschloßchen“ (Stadtpark) eine

#### 2. Genossenschaftsversammlung

mit der Tagesordnung:  
1. Rechnungsprüfung.  
2. Antrag auf Auflösung der Genossenschaft, ab. Da zu Punkt 2 in dieser Versammlung mit einfacher Mehrheit der erschienenen Genossen und der in ihre vertretenen Stimmen (§ 123 W.-G.) beschlossen werden kann, bitten wir alle Mitglieder der Genossenschaft, die an deren Fortbestehen mit uns ein Interesse haben, zu der Versammlung zu erscheinen oder sich in derselben vertreten zu lassen. Bekretes ist 2 Tage vor der Versammlung schriftlich beim Vorstand der Unterhaltungs-Genossenschaft für die Elbe im III. Strombezirk, Herrn Oberbürgermeister Dr. No in Reichen, anzugeben unter Angabe des vollen Namens und Wohnortes des Vereinmündigten, sowie der vollen Namen und Wohnorte der zu vertretenden Genossenschaftsmitglieder und der der Beitragsleistung unterliegenden Flurstücke und der Beitragsbeitragsnehmer.

#### Mitglieder

Freih. Schulze, Flurbuch Flurst. Nr. Beitr.-Geld.  
Reichen 19 ) 42  
20 )

Der unterzeichnete Erste Bürgermeister erklärt sich zur Vertretung von Genossenschaftsmitgliedern, die an der persönlichen Teilnahme an der Versammlung verhindert sind, bereit.

Riesa, den 20. Februar 1925. Hs.

Der Rat der Stadt Riesa  
Dr. Scheider, Erster Bürgermeister.



**Rahma**  
MARGARINE  
**buttergleich**

Der Küche Schatz!  
Der Hausfrau Glück!  
Das große Butter-Meistersstück!

½ Pfd. nur 30 Pfg. Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis!

Neu erschienen: „Fips Lachzeitung für liebe kleine Kinder.“

## Kirchennachrichten.

Strombi 1925.

**Riesa.** 9 Uhr Predigt über Luk. 18, 31-43 (Friedrich). 6 Uhr Gottesd. d. Co. Vds. (Bl. Segnit, Rabeltsh). Kirchenmusik: Oasseluja von Ferdinand Hummel (Frl. He. Bahnsfeld). 11 Uhr Kindergottesdienst (Friedrich). Mittwoch 8 Uhr Bibelstunde (Wed.).

**St. Gem., Höhe Str. 9.** Dienstag 8 Verammlg. Weiba. Vorm. 9 Predigtgottesdienst, im Anschluß daran Kirchgemeindefest im Pfarrsaal. Kollekte f. d. Jugendkasse.

**Gröba.** 9 Uhr Predigt (Stempel). 11 Uhr Kindergottesdienst, abh. 8 Bibelstunde, Dienstag früh 7 Andacht, abh. 8 Bibelstunde für Männer m. Aussprache über „Dreieinigkeit“, Donnerstag abh. 8 Bibelstunde.

**Vaußh.** 9 Uhr Fr. in Jahnsbauken. **Niederau.** 9 Uhr Pred. 25. Febr. 8 Jungfrauenverein. **Reithain.** Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (Harrer Benedek).

**Glaubitz.** 1 Uhr Kindergottesdienst. 4 Uhr Predigt, Abendmahl. Die Jugendvereine fallen diese Woche aus. Donnerstag 8 Uhr Passionsandacht in der Kirche.

**Rüchris.** 11 Uhr Predigt.

**Kath. St. Barbara-Kapelle, Leißnigstraße 9.** Sonnabend 5-6 Uhr Licht. Sonntag 7 Uhr Licht. 8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hochamt mit Predigt und Segen. Werktag 8 Uhr Messe 8 Uhr, außer Dienstag.

## Wohnung

bestehend aus Stube, Kammer, Küche und Zubehör, gegen größere zu tauschen gesucht. Offerten unter X 2273 an das Tageblatt Riesa.

## Speisekartoffeln

frisch aus der Miete, empfiehlt sentnerweise und liefert frei Haus

H. Grunke, Bismarckstr. 35a, Tel. 652.

## Die Erben von Hohenlinden.

Roman von Fr. W. White.

39. Fortsetzung. Nachdruck verboten.  
„Wer weiß, wie es ausgefallen wäre, wenn mir nicht dieser Centner beigeprungen wäre. Er kommt auch aus Süd-Amerika, und er hatte einige Papiere, die ihm Graf Egbert drüben gegeben hat. Nun wurde die Geschichte furchtbar einfach. Tarnow, der sich blind überheben ließ, nahm mich in das Schloß auf. Die gerichtliche Anerkennung wird auch kommen; besondere Schwierigkeiten wird es nicht haben. Bis jetzt allerdings hatte ich in anderer Beziehung nicht viel Glück. Es ist, als wären alle Bucher und alle Rechtsanwälte in Berlin durch irgend jemand kopfscheu gemacht worden; denn wo ich auch ankloppte, um etwas Geld zu bekommen — überall wies man mich ab. Natürlich wird das anders, wenn ich erst die gerichtliche Anerkennung bewirkt habe. Dann kommen für uns beide gute Tage — und auch du wirst endlich alle Sorgen los.“

Aber es schien nicht, als könne diese Aussicht Frau Werten erfreuen. Sie sah vielleicht noch elender und noch gequälter aus als vorher.

„Ich wollte es nicht,“ sagte sie, „und ich habe es nicht geahnt. Ich wollte denen in Hohenlinden nichts Unreines zufügen. Und so gabst du dich für den Grafen Redenthin aus — unter den Augen von Rudolf Centner — Ist es möglich, daß der Mann irgendeinen Haß gegen dich hat? — Daß es ihn freuen würde, wenn dir etwas Böses zustieße?“

„Warum sollte es ihn freuen? Ich sah ihn nie in meinem Leben, ehe wir vor ein paar Wochen in Hohenlinden zusammentrafen. Und ich hatte nie etwas mit ihm zu tun, ehe er selbst mir anbot, mich zu unterstützen.“  
„Und er läßt diese Parze vor sich gehen! — Er schweigt still dazu! — O, warum sprach er nicht, ehe dir diese Täuschung der Deffektivität aufgezwungen wurde? — Warum ließ er es geschehen, daß du vor aller Welt zum Betrüger wurdest?“

Ihr Sohn starrte sie verständnislos an. Aber in ihm regte sich die heimliche Angst stärker und stärker. Er packte sie bei der Schulter und schüttelte seine Mutter.

„Wißt du mir jetzt endlich sagen, was eigentlich los ist?“  
„Kannst du dich denn nicht vernünftig und klar ausdrücken? — Wer ist denn dieser Centner, daß er eine so große Bedeutung haben soll?“

„Es gibt keinen Rudolf Centner,“ erwiderte sie. „Der Mann, der da draußen stand, ist Graf Rudolf Redenthin! Er ist der Sohn des Mannes, der meine Schwester heiratete und dann nach Süd-Amerika ging! — Ja, fahre nur zurück — starr mich an, als ob ich ein Gespenst wäre! Du hast Ursache, dich zu entsetzen. Sie haben mit dir gespielt, wie die Rabe mit der Maus; und während du zu betrügen glaubtest, wurdest du selbst betrogen. Und wenn es ihm paßt, die Täuschung aufzugeben, wird er sehr kurzen Prozeß mit dir machen, Alfred! — Glaube nicht, daß ich mich täuschen könnte — daß ein Verstum möglich ist. Ich will dir ein Bild des Grafen Egbert zeigen, das ihn darstellt, wie er hier in Deutschland aus sah. Und dann wirst du glauben, daß ich recht habe.“

„Sei mir das Bild!“  
Sagte Alfred vorher. 36

will Gewißheit haben! — So geh doch, geh doch und hole das Bild! — Zum Teufel — ich habe keine Geduld heut!“

Das Bild wurde gebracht. Es war schlecht gemacht von einem Maler, der in einem menschlichen Gesicht nicht viel mehr fand als eine Nase, einen Mund und zwei Augen — aber die Mittelmaßigkeit des Porträts half Werten wenig. Bis auf die altmodische Kleidung hätte es Rudolf Centner sein können, der ihm da entgegenlächelte.

Wollte er und Ingrim schleuderte er das Bild von sich. „Schufte!“  
„Nirgends er.“  
„Wie sie mit mir gespielt haben! Ah, wenn ich nur etwas wüßte — etwas ganz Entsetzliches, das ich ihnen antun könnte. — Aber ich kann nicht mehr zurück. Es gibt keinen Ausweg mehr für mich als den einen, daß ich verjuche, zu Geld zu kommen, und mich dann daon mache. Vielleicht kann ich noch etwas von der Gräfin bekommen. Sie weiß jedenfalls nichts von der Wahrheit.“

„Narr!“ erwiderte die Mutter hart. „Hat sie denn Rudolf Centner nicht gesehen?“  
Werten schlug sich mit beiden Fäusten gegen den Kopf. „Ja doch — ja! — Und sie schien ganz vertraut mit ihm!“

„Natürlich war sie vertraut mit ihm. Sobald sie ihn sah, mußte sie ihn erkennen. Glaubst du, daß eine Mutter sich über so etwas täuschen könnte? — Und mit seinem Aussehen konnte er niemanden täuschen, der seinen Vater gekannt hat. Mich so wenig wie die Gräfin oder den Diener Walter.“

„Aber weswegen ließ er es dann geschehen, daß ich mich für ihn ausgab? — Weswegen entlarvte er mich nicht auf der Stelle und ergriff Besitz von dem Vermögen, das ihm rechtmäßig gehörte?“

„Wie soll ich das wissen? Er wird seine Gründe dafür gehabt haben. Wahrscheinlich waren es ebenso närrische Gründe, wie sein Vater sie für sein Tun und Handeln hatte. — Warum stehst du noch hier? — Warum verläßt du deine Zeit, wo jeden Augenblick jemand kommen kann, dich zu verhaften?“

Werten war totendleisch. Zitternd lehnte er an der Wand.

„Ja, ja,“ stammelte er. „Aber was soll ich tun? Ich kann doch nicht zurück. Und ich kann jetzt auch nicht fliehen — ganz mittellos, wie ich bin. Ich muß die Rolle noch länger spielen. Und ich will nicht daran glauben, daß die Gräfin die Wahrheit schon weiß. Sie hätte es mir verraten. Sie war unerschrocken gegen mich, nachdem Rudolf Centner — oder wie er nun sonst heißen mag — aufgetaucht war. Und sie ist zu ehrlich und zu aufrichtig, um ihre Gefühle hinter einer Maske zu verstecken.“

„Weinst du?“  
Sagte seine Mutter bitter. „Ich weiß es besser. Sie kann ihre Gefühle genau so gut verbergen und kann sich gerade so verstellen, wie irgendjemand von uns. — Aber tu, was du willst. Du hast ja niemanden auf das gehört, was ich gesagt habe; und ich kann dir auch keinen Rat geben. Nur geh jetzt — geh! — Ich vergesse sonst völlig, daß du mein Sohn bist.“

Und sie drängte ihn fast mit Gewalt zur Tür hinaus.

Es war kein angenehmer Nachmittags, Alfred Werten verbrachte.

Er versuchte zunächst an verschiedenen Stellen noch einmal, Geld aufzunehmen. Aber überall bedauerndes Abschlagen — überall Verweigerung unter durchdringenden Ausflüchten. An einer Stelle fing Werten eine Neugierung auf, die es ihm zur Gewißheit machte, daß man vor ihm gewarnt oder doch wenigstens Gerüchte über ihn ausgesprengt hatte. Und die Quelle dieser Auspreisungen war ja nicht schwer zu erraten. So unvorsichtig, wie er geglaubt hatte, hatte Rudolf Centner sein Vermögen doch nicht in die Hand eines anderen gegeben.

Völlig ratlos und hilflos machte sich Werten endlich zu Slawil auf den Weg. Der sollte raten — sollte ihm einen Weg weisen. Er selbst wußte nicht mehr ein und aus. Es war ja ganz ausgeschlossen, daß er Berlin ohne genügende Mittel verließ; und ebenso ausgeschlossen erschien es ihm jetzt, daß der Betrag in Hohenlinden noch lange aufrechterhalten werden konnte.

Er fand Slawil allein in seiner luxuriösen Junggesellenwohnung. Der Pole sah merkwürdig alt und verfallenes aus. So elend und so verstört hatte ihn Werten noch niemals gefunden.

Er wagte es deshalb auch kaum, ihm seine Geschichte zu erzählen. Aber es mußte ja doch sein. Und Slawil hörte ihn an, ohne ihn mit einem einzigen Wort zu unterbrechen. Zusammengekauert saß er in seinem Lehstuhl, die Zigarette zwischen den fahlen Lippen und ein blasses Feuer in den eingefunkenen Augen. Er räufte sich auch nicht, als Werten schwieg.

„Ja, wir sind alle beide Narren gewesen,“ sagte er endlich dumpf. „Und ich weiß nicht, wer der größere Narr von uns beiden war.“

„Ich — der ich mir so viel auf meine Vorsicht und meinen Scharfsinn zugute tat — was war ich für ein Dummkopf! — Sie wissen, daß ich diesen Centner — oder nennen wir ihn immerhin jetzt den Grafen Redenthin — um sein amerikanisches Vermögen geprellt hatte. Ich hielt den Grafen für einen ausgefuchsten Schwachkopf. Blind war er mir in die Falle gegangen, und er tat nichts, scheinbar gar nichts, um sein Vermögen wiederzubekommen. Ganz unätig verhielt er sich. Und ich ließ mich täuschen! Ich war nicht im mindesten auf meiner Hut. Im geheimen wurde fieberhaft gegen mich gearbeitet. Er und ein Rechtsanwalt Buchner scharrten mit Hilfe einer großen Detektiv-Firma unablässig Material gegen mich zusammen. Und es ist ihnen gelungen! — Ich bin einfach ruiniert. Mir bleibt wie Ihnen nichts anderes übrig als eine rasche Flucht. Gestern kamen sie zu mir — Buchner und zwei Detektive. Sie legten mir das Material vor, das Sie gegen mich zusammengetragen hatten; sie wiesen mir Schritt für Schritt den Weg nach, den ich gegangen war, den Grafen um sein Vermögen zu bringen; und sie drohten mir, mich auf der Stelle dem Staatsanwalt zu übergeben, wenn ich es nicht innerhalb vier Tagen wieder auslieferete. Sie wissen, daß sie auch meine Manipulationen gegen Tarnow aufgedeckt haben — wer weiß, was mir da noch alles bevorsteht! — Und auch meine Komplizen langen an, gegen mich mit Drohungen vorzugehen. Es gibt nichts als rasche Flucht. Aber wir brauchen Geld — Geld — Geld! — Sie müssen etwas austricksen.“



## Handel und Volkswirtschaft.

**Sächsische Lebenshaltungskostentabelle.** (Mittteilung des Sächsischen Statistischen Landesamtes). Nach den Preisfeststellungen vom 18. Februar 1925 sind vom Statistischen Landesamte folgende Indizes der Lebenshaltungskosten (1913/14 = 100) berechnet worden: Gesamtlage (für Ernährung, Bekleidung, Unterhaltung, Wohnung und Befriedigung) = 126,8. Gesamtlage ohne Befriedigung = 124,9. Am 11. Februar 1925 betrug der Gesamtlage mit Befriedigungskosten 127,4 und ohne Befriedigungskosten 125,7. Vom 11. bis 18. Februar 1925 sind mithin die Preise der bei der Preisermittlung berücksichtigten Güter um 0,5 bzw. 0,6 v. H. gefallen.

**Technische Tagung in Leipzig.** Um die Leipziger Technische Messe auch vom betriebswirtschaftlichen Standpunkte aus wissenschaftlich auszuwerten, veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Betriebsingenieure im Verein Deutscher Ingenieure in Verbindung mit der Maschinenbau V. m. B. D., Berlin, in diesem Jahre vom 6.—8. März erstmalig eine Tagung, die allen Fachleuten Gelegenheit geben soll, sich über wichtige Fragen zeitgemäßer Gütererzeugung zu erörtern. Am ersten Tage wird Professor Schiefinger, Berlin, über „Wege zum Fabrikationserfolg in der mechanischen Industrie“ und Professor Schwerd, Hannover, über „Grundlagen des Werkzeugmaschinenbaus im Hinblick auf neuzeitliche Anforderungen“ sprechen. Am zweiten Tage kommen „Wirtschaftliche Gesichtspunkte für den Einkauf von Werkzeugmaschinen“ von Dr.-Ing. Koch, Berlin, „Neuzeitliche Schweißverfahren“ von Direktor Schweighuth, Juchmantel-Teplitz, sowie „Herstellungsverfahren in der Feinmechanik“ von Direktor Köhler, Berlin, zum Vortrag. Der dritte Tag wird aufammenhängend die wichtigsten Fragen bei der Zahnradherstellung behandeln. Hierbei wird Prof. Granz, Hannover, über „Kritische Betrachtungen zur Zahnradtheorie“, Oberingenieur Reubert, Jmdau, über „Wärmebehandlung von Zahnradern“ und Direktor Doll, Friedrichshafen, über „Neuzeitliche Herstellungsverfahren von Zahnradern“ berichten. Für die Abende sind einige gefällige Veranstaltungen vorgesehen, um den Teilnehmern Gelegenheit zu geben, miteinander in Verbindung zu kommen. In der Berliner Börse war das Geschäft auf dem Effektenmarkt am Donnerstag auffallend geringfügig, jedoch für

rund 30 der variabel gehandelten Papiere nicht einmal eine amtliche Notierung festfinden konnte. Auf dem Rentenmarkt ging der Kurs der fünfprozentigen Reichsanleihe bis auf 0,65 zurück. Von fremden Renten waren nur Türken fest. Am Montan-Aktienmarkt konnten sich die führenden Papiere nur mit Mühe in den Kursen vom Mittwoch behaupten. Eisenbahn- und Schiffahrtaktien sowie Bankaktien hatten ganz mattes Geschäft. Nur Berliner Handelsaktien erholten sich um 2 Prozent. Chemische Werte behaupteten sich, während Rohwerte und Elektrizitätsaktien im Kurse zurückgingen. Der Markt der Maschinenfabriken war nahezu geschäftslos. Tägliches Geld wurde zu neun bis zwölf Prozent angeboten. Der Privatdiskont erhielt sich auf acht Prozent. Eine Ermäßigung des Reichsbankdiskonts wird nicht erfolgen. Am Devisenmarkt war der Dollar gegenüber den europäischen Werten wieder sehr fest. — Am Produktionsmarkt blieben die Nachrichten aus Amerika über Anzeichen der Brotgetreidepreise ohne Einfluss. Die Käufer beobachteten große Zurückhaltung gegenüber dem reichlichen Angebot namentlich von Roggen. Getreide und Hafer hatten sehr ruhiges Geschäft.

**Die Industrie und Landwirtschaftliche Landesausstellung in Dresden September 1925.** Mit der landwirtschaftlichen Landesausstellung Sachsen, die im Dresdener Ausstellungsgelände von Reich vom 4. bis 7. September d. J. erstmalig nach dem Kriege stattfand, ist gleichzeitig eine umfangreiche Ausstellung für land- und forstwirtschaftliche Maschinen und Geräte, sowie chemische und zugehörige land- und forstwirtschaftliche Industrie aller Art verbunden. Jede Industriebranche, soweit sie irgendwie der Land- und Forstwirtschaft dient, wird auf dieser Spezialausstellung Gelegenheit haben, ihre Produkte einem ausgesprochenen Interessentenkreis vorzuführen zu können. Es darf heute schon festgestellt werden, daß nicht nur in den landwirtschaftlichen Kreisen, sondern in der gesamten Bevölkerung Sachsen außerordentliches Interesse gerade für diese Landesausstellung vorhanden ist, sodass die Aussteller die beste Gelegenheit haben werden, ihre Erzeugnisse weitesten Kreisen vorzuführen. Die Ausstellungsleitung verweist darauf, daß die endgültigen Anmeldeberichte der Aussteller am 10. 4. 1925 ab. Es dürfte sich empfehlen, eine eventuelle Beteiligung der Ausstellungsleitung, Dresden-K., Sibonienstraße 14 II, möglichst bald anzugeben, weil mit dem über-

kritischen Anmeldetermin der Preis für die Standgelde sich wesentlich erhöht.

### Marktberichte.

**Dresdener Schlachtmarkt vom 19. Februar.** Wurstfleisch: 1. Rinder: 18 Ochsen, 10 Bullen, 4 Kalben; 2. 664 Rinder; 3. 20 Schafe; 4. 506 Schweine, zusammen 1307 Tiere. Preise in Reichsmark für 50 Kilogramm Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht: Geschäft in Rindern belanglos, daher ist eine amtliche Preisnotierung nicht erfolgt. Rinder: 1. Doppeltender —, 2. beste Mast- und Saugfäher 72 bis 75 (119), 3. mittlere Mast- und gute Saugfäher 65 bis 70 (113), 4. geringe Rinder 50 bis 60 (91 bis 100). Schafe: Montagspreise. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahr 57 bis 58 (74), 2. fettschweine 59 bis 61 (75), 3. fleischige 55 bis 56 (74), 4. geringe entwerdte 52 bis 54 (74), 5. Sauen und Eber 50 bis 55 (70). Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nächsten gemogenen Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stoll für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umfahrtssteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stollpreise. Liebesland: 14 Rinder, davon 7 Ochsen, 7 Bullen. Tendenz des Marktes: Geschäftsgang in Rindern und Schweinen langsam.

**Wöchentlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin am 19. Februar.** Getreide und Cellulose pro 1000 kg, feinst 100 kg. (In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.) Weizen, märkischer 250—256, pommerischer —, Roggen, märkischer 250—253, westpreussischer —, westpreussischer —, Weizen, Futtergerste 215—240, Sommergerste 255—270, Hafer, märkischer 187—195, pommerischer —, westpreussischer —, Mais, loco Berlin —, Wagon frei Hamburg 224, Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sac (feinste Marken über Notiz) 34,75—36,75, Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sac 34,75—36,75, Weizenmehl, frei Berlin 15,30—15,30, Roggenmehl, frei Berlin 15,30—15,30, Rapz 300, Weizen —, Victoria-Grün 27—34, keine Speise-Grün 21—22, Futtererbsen 19—21, Weizen 18—19, Ackerbohnen 20—21, Wicken 19—20, Lupinen, blau 12,20—13,75, gelbe 15—16,25, Serradelle alte —, neue 15—16,50, Hafermehl 18—18,30, Weizenmehl 24,50, Weizenmehl 9,30—9,50, Vollkornmehl 20—20,20, Weizenmehl 20/70 9,50, Kartoffel-Roden 20—20,20.

Sonntag, den 22. d. Mts.

## 25. Stiftungsfest des Wohltätigkeitsvereins „Sächs. Fechtschule“ Zweigv. Boberschen

bestehend aus Konzert und Ball ausgeführt von der bekannten und beliebten Damenkapelle Direktion Henschel. — Anfang 5 Uhr. Um freundschaftliche Unterstützung bittet der Vorstand.

Morgen Sonnabend, 21. Februar, findet im Gasthof Moritz öffentlicher Maskenball statt. Maskenkarte 2,50 M., Zuschauerkarte 1,50 M., Kostüme im Gasthof. 2 Musikchöre. Bandoneon-Orchester Sibirena, Gröba.

## Gesangverein „Froh Lied“ Poppitz.

Sonntag, den 22. Februar Fastnachts-Vergnügen im Gasthof Wiergendorf, Anfang 5 Uhr, wozu alle Mitglieder nebst Angehörigen eingeladen werden. Gäste willkommen. Um reichliches Erscheinen bittet der Vorstand.

## Voranzeige. Café Central.

Sonntag, Sonntag, Montag und Dienstag Faschings-Rummel

Salvator- und Vorkierfest Humoristische Parodien — Konzert Komiker, Jazzband-Künstler, Sängerin Sänger zur Laute usw.

## M. Knöfels Gastwirtschaft

Bahnhof Röderau. Sonnabend, Sonntag und Montag Vorkierfest u. Bratwurstmäus, wozu ganz erobert einladen. M. Knöfel und Frau. Montag abend Schinken in Brotzeit. Sonnabend Schlachtfest.

## Katholischer Männer-Verein.

Sonntag, 22. 2., abends 7 Uhr in der Eibterrasse Fastnachtsvergnügen mit großen Ueberraschungen und Tanz. Der Vorstand.

## Strahlende Gesichter

lehnen der Mutter die Nähe des Kuchenbackens. Jedes Backwerk gewinnt an Wohlgeschmack und Aussehen, wenn man zu seiner Herstellung die Feinkostmargarine „Schwan im Blaубand“ verwendet. Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.



# Schwan im Blaубand

frisch gekirnt

Vir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaубand“ das farbige illustrierte Familienblatt „Die Blaубand-Woche“ gratis zu verlangen.

## Verloren

Donnerstag nachmittags auf dem Wege Röderau bis Niea kleines Paket (Wolle). Gegen Belohnung abzugeben in Röderau, Hauptstr. 1.

## Möbliertes Zimmer

in Mitte der Stadt sofort gesucht. Werte Off. unter 2269 an das Zaebl. Niea.

## Weitere Frau zum Wirtshaus

zum Wirtshaus bewohnen eines Familienlois gesucht gegen etwas Hilfe im Haushalt. Off. unt. 2270 an das Zaebl. Niea.

## Wohnungstausch.

Wer tauscht Wohnung, St. Na. R. Kor. mit eben, od. groß. Niea od. Gröba? Su erf. im Zaebl. Niea.

## 3-500 M.

gegen gute Sicherheit auf 8 Mon. zu leihen gesucht. Offerten unter W 2272 an das Zaebl. Niea.

## Hausmädchen

nicht unter 18 Jahren, mit etwas Kochkenntnissen. Frau Schaeffer Ritzl. Jahnshausen. Suche zur 1. März jüngeres kräftiges

## Hausmädchen

u. f. sp. kräftiges Obermädchen nur i. d. Haushalt. Frau Nelder Ritzl. Biederstein bei Niesau.

## Hausmädchen

Suche zum 1. März älteres sauberes Hausmädchen das an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist. Su erf. im Zaebl. Niea.

## Einfache Stütze

od. gewissenhaftes Mädchen, nicht unter 22 Jahr., die schon in best. Haus tätig war und sich mit einem 2. Mädchen in alle Hausarbeiten stellt, möglichst etwas Nähen kann, für 15. März gesucht. Bild und Zeugnisse an Frau Dr. Spoerl Thalheim i. Gröbitz.

## Schneiderinnen

sofort s. Ausbildung gesucht. Kostumeleigeschäft Matzek, Boppitzer Str. 19a, 3.

## Putzarbeiterin

per sofort od. spä. gesucht. Grimm & Schmorle Hauptstraße 68.

## Wirtshalterin

(ältere Frau) von einem Witwer sofort gesucht. Off. unt. V 2271 an das Zaebl. Niea.

## Schreibmaschinen-Unterricht?

im Hotel Deutsches Haus, Niea. Wer beteiligt sich an einem

## Anzugkonzern?

Teilzahlung wöchentlich 3 Mark. Interessenten melden bei Sabnfeld, Gröba, Alleestraße 42.

## Wallache

Ein Paar 6- u. 7-jährige mittelstarke braune verkauft wegen Nachzucht Gut Nr. 3 in Schellitz bei Vornbach.

## Weber, grüner Rinderwagen

zu verkaufen bei Vornbach. Windmühlstr. 3.

## Landhaus mit Scheune

2 Scheffel Feld und Garten, steht veränderungsab. sofort für 7000 M. zum Verkauf. Anzahlung 4—5000 M. César Pallasté Wettelwitz h. Vornbach.

## 1 Rinderfleisch

zu verkaufen. Wolf, Grödel Nr. 1.

## Motorrad

Ein gebrauchtes für 190 M. zu verkaufen. Su erf. im Zaebl. Niea.

## 4 sit. Auto

8/20 PS, mit Licht u. Anl., Sander & Horn, desgleichen

## 3 sit. Auto

4/12 PS, mit elektr. Licht, in bestem Zustande billig zu verkaufen. Off. Anfr. erbeten unter O. Qu. 320 an die Geschäftsstelle des Döbelner Anzeig., Döbeln.

## Gasthof Grödel.

Sonntag, 22. Febr. öffentl. Ballmusik. — von 6 Uhr an —

## Zur Fastnachtsbäckerei

ff. Aprikosen-Konfitüre	Pfund 100 Pfa.
Erdbeer-	120 "
Himbeer-	110 "
Rirsch-	90 "
Johannidbeer	70 "
ff. Aprikosen-Marmelade	80 "
Zafel-	60 "
Fruchtsaft-	50 "
Vaniljaer 32 Pfa., bei 5 Pfd. 31 Pfa.	
Korinthen	20 Pfa.
Rosinen	20 Pfa.
Santia	20 Pfa.
Santa-Spezial-Schmalz 95 Pfa., 5 1/2 Pfd. 93 Pfa.	
Hochfeine Rohrische Margarine, Pfund 60, 72, 80, 95, 100 Pfa.	
ff. Weizenmehl, Pfd. 25, bei 5 Pfd. 24 Pfa.	
Palmin 75 Pfa., 2 Pfd. 145 Pfa.	

## Täglich frische Stückbrot

Sämtl. Backgewürze in bester Qualität.

## Ernst Schäfer Nachf.

1. Geschäft: Ecke Haupt- u. Pausitzer Str. 2. Geschäft: Albertplatz.

# Knabenanzüge

vom kleinsten bis zum größten in Mittel-, Anknöpf-, Blumen-, Jacken- und Sportfasen, für jeden Geschmack das Beste.

## Franz Heinze, Hauptstr. 28

Größte Auswahl. Billigste Preise.

## Edelkakao

garantiert rein, Pfd. 75 + wieder eingetroffen. Hermann Modler Schulstraße 3.

## Ein Aufstrich

geb. mit eis. Untertasse und ein geb. Kachelherd 130x80 zu verkaufen. Offenerrei Schulstr. 11.

## Federtorbwagen

zu verkaufen. Hermann Modler Röderau, Lange Str. 4.

## Täglich frische Stück

Bauern-Butter 1,15 +, frische Landeier 15 Bfg. Schmid-Speisekartoff. 3.4 Marktgasse 2, a. Altmarti.

## Neue Waffelartoffeln

Salzartoffeln Rosen- u. Blumenohl empfiehlt Hermann Modler Schulstraße 3.

# Komplette Wohnungs-Einrichtungen

sowie alle Einzeilmöbel und Polstermöbel tauf man billig und preiswert in der

# Rieser Möbelhalle

Popplitzer Str. 2 (Ecke Schützenstr.).

Auf alle Preise bei sofortiger Bezahlung gewährt 10 Prozent Rabatt.

Jedermann soll in der Lage sein, sich zu angemessenen Preisen eine Wohnungseinrichtung zu schaffen.

## Reinhold Pietzsch

Boppitzer Straße 2 (Ecke Schützenstraße).

## Lieber Heinrich!

Emaljelit, fittet durchgebrannte Kochtöpfe, zerbrochene Glas- und Porzellangegenstände wasser- und feuerfest. Gaben die Drogerien: A. B. Hennige, W. H. Moris Bera, Arsch. Bärner u. Edgar Richter.